

Stolpern von Lockdown zu Lockdown und darüber hinaus: Bildungswesen im Pandemiestress (2021)

Gero Fischer

Drastische Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erschienen ab Anfang März 2020 in Europa unausweichlich, Anfang März wurden in Brüssel die ersten Hochschulen geschlossen, in Österreich folgte der universitäre Lockdown Mitte März. Europa reagierte unkoordiniert und uneinheitlich bis widersprüchlich. Die Einschätzungen des Virus hinsichtlich Verbreitung, Ansteckungswege und Gegenstrategien erschienen zumindest zeitweilig kontroversiell, weil die Datenlage anfänglich noch dürftig war und die Erforschung dieser Pandemie noch in den Anfängen steckte. Das Krisenmanagement der österreichischen Regierung zeichnete sich streckenweise durch Chaos und eine schlechte Qualität der Gesetzgebung aus – viele Gesetze, Vorschriften, Verordnungen etc. mussten wegen Rechtswidrigkeit höchstgerichtlich aufgehoben werden. Nach dem ersten Lockdown konnte oder wollte man sich im politischen Olymp einen weiteren Lockdown nicht vorstellen, daher gab es auch keinerlei Vorbereitungen für einen weiteren Ernstfall. Jetzt stehen wir im Lockdown Nr. 3 (und möglicher Weise wird es nicht der letzte dieser Pandemie sein). Trotzdem beharren die Regierenden auf ihrem Mantra alles richtig und vielfach auch besser zu machen als andere Länder – auch wenn dies durch die Realität nicht unbedingt bestätigt wird.

Die schädlichen Auswirkungen der Pandemie auf das Bildungswesen werden allmählich abschätzbar, eine koordinierte politische Exitstrategie bzw. Pläne, die angehäuften und weiter wachsenden Bildungsdefizite nach nun bald einem Jahr irregulären Schulbetriebs aufzuarbeiten, sind bisher nicht wirklich erkennbar.

Es geht bei der Corona-Epidemie auch um eine internationale Dimension: Mehr als eine Milliarde Kinder sind (laut UNO) monatelang ohne Schulunterricht geblieben (und werden es offenbar auch noch längere Zeit zumindest teilweise bleiben), es wird Jahre gezielter bildungspolitischer Maßnahmen erfordern, um die betroffenen Schülergenerationen aufzufangen und die aufgelaufenen Bildungsdefizite abzubauen. Auch in Österreich wird es diesbezüglich erheblicher Anstrengungen bedürfen. Darüber hinaus ist es unumgänglich gründlich mit den schon seit Jahrzehnten bekannten Unzulänglichkeiten unseres Bildungssystems aufzuräumen.

Im vorliegenden Text geht es um mehrere Aspekte, das Krisenmanagement, die hoffnungslosen Versuche „Normalität“ im Bildungsalltag aufrecht zu erhalten, die Folgen der Pandemie für die sich in Ausbildung befindlichen Generationen und Ausblicke auf eine Ära post coronam mit Denkansätzen für Neuanfänge.

Vorbemerkungen

Dass es angesichts der herrschenden Wirtschaftsform und dem rücksichtslosen Umgang mit der Natur zu einer Pandemie kommen würde, hätte eigentlich niemanden überraschen dürfen.¹ Corona wurde weltweit unterschätzt, nicht nur unsere Regierung hat zu spät reagiert, sie hatte offensichtlich keinen Masterplan zur Bewältigung einer Krise dieses Ausmaßes, auch keine Exitstrategien, hatte aber auch blauäugig nicht damit gerechnet, dass sich die Pandemie noch einmal verschärfen könnte. Die Einschätzungen und Positionen der Wissenschaft waren auch durchaus widersprüchlich, stabilisierten sich erst mit zunehmenden empirisch basierten Forschungsergebnissen. Die Regierung reagierte mit Ad-hoc-Entscheidungen, oft mit widersprüchlichen Signalen und Verordnungen, deren Konsequenzen und Rechtskonformität wenig oder kaum bedacht waren und bald revidiert werden mussten. In so einer Situation politisch die richtigen Entscheidungen zu treffen ist extrem schwierig, vor allem wenn nicht klar ist, für wie lange Maßnahmen gelten sollen und welche Konsequenzen, Nebenwirkungen, Kollateralschäden (Abwägungen auch der sozialen und psychosozialen Folgen der Isolation), Kosten etc. einzukalkulieren sind. Im sorgfältigen Abwägen der Fakten und Einsichten der Fachleute, der Konsequenzen von Entscheidungen für die gesamte Gesellschaft liegt die Kunst guten Krisenmanagements. Die Pandemie brach vor mehr als einem $\frac{3}{4}$ Jahr über uns herein, es wäre zu erwarten gewesen, dass die Entscheidungsträger aus den gemachten Erfahrungen gelernt hätten. Doch im Ganzen betrachtet erscheint der Lernprozess von Regierung wie Schulbehörden nicht gerade beispielgebend.

¹ Vgl. Bob Wallace: Was Covid-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat. Köln 2021²

Letzten Endes stellt sich für das Bildungswesen die Frage, welche Konsequenzen aus dem monatelangen Totalstillstand zu ziehen sind und ob es nicht in seiner Gesamtheit einer Generalsanierung unterzogen werden sollte. Aus der Manöverkritik des Krisenmanagements sollten sich Strukturen für die Diskussion eines zukunftsfähigen Bildungswesens ergeben, die Chance, Neues zu denken, bisherige Mängel, Praktiken zu überprüfen sollte jetzt ergriffen werden.

Momentaufnahmen (Ostern bis Dezember 2020)

Widersprüchlichkeiten und teilweise Mangel an logischer Konsistenz und Nachvollziehbarkeit waren lange Zeit herrschender Trend des Krisenmanagements (nicht nur im Bildungswesen) ebenso wie Uneindeutigkeiten und Absurditäten bei der Auslegung der Hygienemaßnahmen und schließlich bei der Impfstrategie. Es gab keine Testung des Lehrkörpers bei bzw. vor der Wiederaufnahme des Schulunterrichts (beim ersten Lockdown), erst kurz vor Schulschluss (Ende Juni 2020) wurden von den Schulbehörden Anmeldeformulare an den Lehrkörper zur freiwilligen Testung ausgegeben (zu einem systematischen Testen aller im Bildungswesen Beteiligten – vom Kindergarten bis zu den Universitäten – konnte sich die Politik auch beim dritten Lockdown nicht entschließen, obwohl der tertiäre Bildungssektor auf Grund der Altersstruktur der Lehrenden, der großen Mobilität, des hohen Anteils ausländischer Studierender und Lehrender etc. sicherlich hinsichtlich einer Priorisierung der Antipandemiemaßnahmen eine ernsthafte Diskussion verdient hätte). Der Musikunterricht blieb verboten (der Gesangsunterricht stellt erhöhtes Gefahrenpotenzial durch forciertes Ausatmen dar), dann wurde er wieder zugelassen (wahrscheinlich weil den Verantwortlichen zugetragen worden war, dass Musikunterricht mehr beinhaltet als Gesang). Auch der Sport wurde zuerst verboten, dann doch teilweise erlaubt, da aber viele Turnsäle wegen der Distanzvorschriften als Klassenräume verwendet wurden, entstanden dabei Raumkonflikte. Kurioser Weise wurde der Ball als besonderer Infektionsträger identifiziert, daher wurden Ballsportarten verboten. Nach Äußerungen des Ministeriums waren zwar kontaktintensivere Sportarten ausgeschlossen, aber „Basketball, Völkerball oder Leichtathletik“ waren dann doch möglich.² Wenn Basketball als „kontaktarme Sportart“ gelten soll, müsste es pantomimisch praktiziert werden (oder auch ohne Ball oder ohne Gegenmannschaft, was sicherlich eine interessante und durchaus kreative (Corona-)Variante wäre ... Gravierend waren aber Entscheidungen, die monatelang in Kraft blieben und von Anfang an z.T. für erhebliche Verunsicherung und Verwirrung sorgten und sich als falsche bzw. Überreaktionen erwiesen. Einige Elemente des Krisenmanagements:

- Die überfallsartige Schließung der Schulen ließ kaum Zeit für Vorbereitung, Umstellung, die Einbeziehung der Schulleitungen und des Lehrkörpers, Elternvertretungen erfolgte lückenhaft. Die Schließung der Bibliotheken hatte fatale Auswirkungen auf die universitäre Lehre und Forschung.
- Vorgaben des Ministeriums und der Bildungsdirektionen bei der Umstellung auf Distance Learning (DL) und Home Schooling (HS) waren nebulos und widersprüchlich: Es blieb lange unklar, was im Unterricht gemacht werden sollte – nur üben („festigen des Erlernten“) oder auch neuen Stoff durchnehmen? Wie und anhand welchen Materials? Soll Mitarbeit benotet werden oder nicht? Etc.
- Die materiellen, technischen, familiären etc. Voraussetzungen für das DL wurden behördlicherseits viel zu optimistisch (weil vor allem mittelschichtorientiert) eingeschätzt. DL funktioniert nur, wenn Erziehungsberechtigte mitarbeiten (d.h. vor allem dazu im Stande sind). Diese Voraussetzung war / ist vielfach nicht gegeben (insbesondere in einkommensschwachen und Familien migrantischer Herkunft). Auch die Fähigkeiten der sog. digital natives wurden oftmals zu optimistisch eingeschätzt. Es dau-

² Standard 2.6.2020

erte viel zu lange, bis Schwierigkeiten wahrgenommen wurden, die beim technischen wie didaktischen Beherrschen von Videokonferenzen auftraten, das betraf auch die zahlreichen (Hard- und Software bedingten) Pannen, die mühsam durch Trial & Error-Versuche zu lösen versucht wurden. Enorme Reibungsverluste verursachte auch die Tatsache, dass viele Schüler keine email-Adresse hatten / haben (sie kommunizieren über Eltern, Verwandte, Bekannte, ca. 1/5 der Schulpflichtigen blieb unerreichbar. Dazu Grundsätzliches: Wenn es der Bildungspolitik ein wichtiges Anliegen ist, dass schon ab der Unterstufe Medienkompetenz vermittelt werden soll, dann müsste sie auch sicher stellen, dass alle Schulpflichtigen über die entsprechenden Endgeräte und Softwareausstattung und eine stabile Internetverbindung unabhängig vom sozioökonomischen Status der Familien verfügen. Das war weder vor noch während Corona überall gewährleistet. Weiters müssten alle Schulpflichtigen (schon bei Schuleintritt) automatisch eine offizielle email-Adresse erhalten – an den Universitäten wird mit der Inskription (Matrikelnummer) den Studierenden automatisch eine email-Adresse zugewiesen, über die die gesamte offizielle Kommunikation läuft. Viele Jugendliche (der Unterstufe) können zwar im Internet herumsurfen, aber haben erhebliche Schwierigkeiten einen regulären email-Verkehr aufrecht zu erhalten, Textverarbeitung halbwegs sicher zu bedienen etc., aber oft beschränkt sich ohne dies ihre digitale Endausstattung gerade einmal auf ein Mobiltelefon mit beschränktem Datenvolumen ...

- Die Erkenntnis, dass in vielen Familien die Wohnverhältnisse, die materiellen (und finanziellen) Voraussetzungen für DL bzw. Homeschooling (HS) nicht gegeben sind, kam den politisch Verantwortlichen erst nach Wochen. Eigentlich hätten sie auf Grund der sozialen Gegebenheiten (siehe Armutskonferenz, zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen etc.) wissen müssen, dass ein hoher Prozentsatz der Schulpflichtigen über das Internet nicht zu erreichen sein wird und dass für viele einkommensschwache Familien aus sozioökonomischen Gründen Ausgaben für Internetverbindungen, Druckerkartuschen, Papier, Drucker, Scanner etc. nicht so ohne Weiteres aufzubringen sein werden, oder dass Voraussetzungen technischer Art (wie z.B. regionale schwache und instabile Internetverbindung, Beschaffung bzw. Installation der Software, digitales Knowhow etc.) nicht gegeben waren. Schließlich (ca 1 Monat nach Schließung der Schulen) wurden 12000 (oder waren es nur 11000?) Leih-PCs angeliefert – vielfach jedoch ohne Programme und ohne installiertes Betriebssystem (!). Wer die Geräte betriebsbereit machen, wer die Lizenzen für die Software bezahlen sollte, blieb lange ungeklärt. Schwarzsoftware zu installieren konnte ja eigentlich nicht in Frage kommen.
- Technokommunikative Probleme in den Schulen beim DL: Eine einheitliche Hard- und Softwareausstattung konnte und kann nicht vorausgesetzt werden. Wenn diesbezüglich Probleme auftraten, so waren sie durch Ferndiagnosen, wenn überhaupt, nur zeitaufwändig zu lösen. Hausaufgaben wurden oft in den verschiedensten und seltsamsten Ausgabeformaten zurückgesandt – nicht selten ließen sie sich nicht oder nur über Umwege öffnen. Häufig erfolgten Rückmeldungen nur über von Handys versandte Fotos, weil den betroffenen Familien keine anderen Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation zur Verfügung standen. Die Zeit, die Lehrende vor dem Bildschirm verbringen mussten überstieg die im Präsenzunterricht erheblich, Ergebnisse und Arbeitsaufwand standen (und tun es immer noch) zueinander in einem demotivierenden Verhältnis. Auch dort, wo DL und HS über traditionelle Kanäle abgewickelt wurde (wie ausgedruckte Übungsmaterialien, Lernpakete udgl.) waren die persönlichen wie familiären Voraussetzungen für ein einigermaßen gelingendes DL und Homeschooling oft nicht gegeben (Unterstützung durch Eltern / Erziehungsberechtigte, Wohnverhältnisse / Lernumgebung usw.). Von den politisch Verantwortlichen wurde übersehen, dass DL nicht notwendiger Weise an Digitalisierung gebunden, aber

von der sozialen bzw. soziokulturellen Frage nicht zu trennen ist. Dass viele Kinder und Jugendliche aufgrund der prekären Lebensumstände ihrer Familien de facto weder für das analoge noch digitale DL zugänglich waren, war aber schon vor der Krise bekannt (bzw. hätte den politisch Verantwortlichen auch aus der umfangreichen Literatur bekannt sein müssen).

- Unterricht via Videokonferenz: Unabdingbare Voraussetzung für Videokonferenzen ist, dass die Geräte, Software, Internetverbindung auch einwandfrei funktionieren. Unterricht im Videomodus ist aber trotzdem nur eine Notlösung, ein schwacher Ersatz für Präsenzunterricht. Die Interaktion via Videokonferenz bedeutet erhebliche Einschränkungen, wie Verlust der Spontaneität, reduzierte Körpersprache, z.T. schlechte Tonqualität u.v.a.m. Außerdem: Je jünger die Kinder sind, desto schlechter funktioniert DL (analog wie digital). Dazu kommt das Problem, dass (insbesondere in Pflichtschulen, (N)MS) Migranteltern ihre Kinder zu ihren Verwandten in ihren Herkunftsländern verbracht haben und für die Schule Monate lang nicht erreichbar waren – eine individuelle Reaktion der Familien auf die Pandemie, die – wenn man ehrlich ist – aus der Perspektive der Kinder nicht ausschließlich negativ zu bewerten ist: Diese Zeit konnten sie der Pflege der familiären Kontakte widmen und waren damit oft weniger Corona-bedingten Restriktionen unterworfen. Sie konnten dabei zumindest ihre muttersprachliche Kompetenz stärken. Die Deutschkenntnisse verbesserten sich dabei nicht, aber in Zeiten der Aussperrung und im DL- / HS-Modus konnten sie auch nicht gefördert werden.
- Die Fiktion das Sommer-Semester retten zu können hielt über Monate ebenso wie die Hoffnung, im Herbst die Schulen „im Normalbetrieb hochfahren“ zu können. Die Schulbürokratie hielt zu lange an der Illusion fest, dass der Unterricht im DL-/HS-Modus normal läuft und daran, dass nach dem ersten Lockdown einfach der Unterricht fortgesetzt werden könnte, wo er durch die Schulschließung im Frühjahr unterbrochen wurde, um doch so zu einem geregelten Semester- bzw. Jahresabschluss zu kommen. So wurde hoffnungslos aber konsequent an der Illusion der Einhaltung der Lehrpläne, Lehrziele, auch der Durchführung der Matura 2020 etc. festgehalten. Andere Länder haben z.B. die Matura Umstände halber ausfallen lassen bzw. den gegebenen Verhältnissen angepasst. In Wirklichkeit sind aber auch die Matura und die Schul- bzw. auch die Studienabschlüsse 2021 gefährdet.
- Als eine Art Rettungsversuch wurde die Idee von Summerschools anfänglich in der Hoffnung geboren, doch einiges an verlorenem Terrain gut machen zu können. Letztlich wurden sie für Schulpflichtige mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. geringen Deutschkenntnissen angeboten / abgehalten. Es war geplant, dass unter Assistenz erfahrener Lehrkräfte Lehramtsstudierende der höheren Semester 2 Wochen lang (2. Augushälfte) unterrichten (sie erhalten dafür 5 ECTS auf ihr Studium gut geschrieben). Gerade für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Muttersprache bzw. aus prekären Familienverhältnissen wäre speziell ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal mit entsprechender Erfahrung (und Ausbildung in DaF / DaZ) gefragt und nicht Personen ohne einschlägige Expertise und Praxis. Erfahrenes Personal kommt allerdings teurer als Lehramtsstudierende, diese notwendigen Kosten wurden auch schon vor Corona für die Marginalisierten nicht im erforderlichen Ausmaß aufgebracht. Dazu kam noch eine originelle Idee: Freiwillig konnten sich Mitschüler in diese Klassen setzen (vor allem im Deutschunterricht) und Katalysatoren-, Motivationsfunktionen o.dgl. übernehmen. Das ist aber ein unfreiwilliges Eingeständnis eines Systemfehlers, als die Deutschförderklassen ja explizit (räumlich wie zeitlich) segregativ – d.h. exklusiv nur für Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Muttersprache und besonderem Deutschförderbedarf – eingerichtet worden waren. In den Summerschools sollte auf einmal pädagogisch auf sprachliche Heterogenität gemacht werden?

Erst allmählich wurde auch klar, dass es in zwei Wochen es völlig ausgeschlossen ist, die Deutschkenntnisse so weit zu entwickeln, dass der Unterrichtsentfall von vielen Wochen wett gemacht werden kann. An sich sind Summerschools eine verfolgenswerte Idee, ihr Nutzen liegt aber nicht so sehr in der Funktion als Nachhilfeinstitution bzw. pädagogische Reparaturwerkstätte sondern in inhaltlich attraktiven Ergänzungen zum regulären Unterricht (mit z.B. musischen, künstlerischen, naturwissenschaftlichen, technischen, ökologischen, sportlichen etc. Interessensschwerpunkten udgl.).

- Das Problem der psychosozialen Problematik des Shutdowns wartet immer noch auf Aufarbeitung. Die WHO spricht im Zusammenhang mit Corona von einer psychischen Pandemie, die sich in vermehrten Symptomen von Unsicherheit, Angst, Depressionen, Suchtgefahr, Angstzustände, Schlaf- und Essstörungen³. Psychologen und Psychiater warnen davor, die psychischen Belastungen zu unterschätzen, die durch Isolation hervorgerufen werden, die für Jugendliche schwer zu ertragen und auch für Erwachsene ein Problem darstellen⁴. Der Shutdown hat auch bereits bestehende psychische Probleme durch Vereinsamung, etc. verschärft. Wenn nach Corona die Aufarbeitung und Behebung der im Bildungswesen entstandenen Krisenschäden beginnt, dann muss an erster Stelle die psychische Stabilisierung der Kinder und Jugendlichen stehen, die besonders unter den Krisenbedingungen gelitten haben, bevor überhaupt daran gegangen werden kann darüber zu reflektieren, wie der Lehrplan erfüllt und seine Bildungsziele erreicht bzw. nachgeholt werden können.

Hochschulwesen im ersten Lockdown

Dass die Hochschulen geschlossen werden müssen, war abzusehen, kündigte sich schon seit Anfang März (Ausland) an. Der Shutdown war strikt, es gab keinen Zutritt zu den Instituten und universitären Einrichtungen (z.T. sogar für Institutsangehörige). Die Folgen sind für viele Studierende (insbesondere in der Studienabschlussphase) durchaus dramatisch. Die Lehre wurde von einem Tag auf den anderen auf Online-Modus umgestellt. Die Situation blieb insgesamt widersprüchlich und unübersichtlich. Nachdem Restaurants, Kaffeehäuser schon längst wieder geöffnet hatten, Kulturveranstaltungen wieder möglich waren alles unter Einhaltung der Distanzregeln, durften (noch im September) an Unis mündliche Abschlussprüfungen offiziell noch immer nicht anders als virtuell abgehalten werden. Das bestenfalls bloß lauwarmer Interesse der Regierungsspitzen am Hochschulwesen und das lammfromme Verhalten der Universitätsleitungen haben den Universitätsbetrieb buchstäblich stillgelegt und zum Lockdown keine alternativen praktikablen Lösungen ermöglicht.

- Lehre im DL-Modus heißt u.a., dass theoretisch Vorlesungen gefilmt und gestreamt (allerdings braucht das auch einige Zeit zur Vorbereitung), auch Skripten ins Netz gestellt werden können udgl. Vorlesungen als Massenlehrveranstaltungen könnten zusätzlich zum Stream in Gruppenbetreuung z.B. mit (Maximalgrößen von 25 Personen) durch Tutorien aufgelöst werden. Dies wäre sogar eine erhebliche qualitative Verbesserung gegenüber der bisherigen Massenvorlesungspraxis. Nur: Dafür gibt es aber keine entsprechende Finanzierung, Räume und schließlich nicht eine ausreichende Zahl von geeigneten Personen, die Tutorien führen können . Auf jeden Fall hätten

³ Die Copsy-Studie untersucht die Auswirkungen und Folgen der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

<https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html> (Juli 2020)

Vgl. u.a.: René Riedl: Digitaler Stress <https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html>. Wie er uns kaputt macht und was wir dagegen tun können. Wien, 2020

diesbezügliche Vorbereitungen rechtzeitig und vorausschauend anlaufen müssen. Problematischer (oftmals sogar so gut wie ausgeschlossen) ist die Umstellung von sog. Lehrveranstaltungen (LV) mit prüfungsimmanentem Charakter auf Distanzbetrieb. Das betrifft insbes. LV-Typen, wo direkte Mitarbeit und spontane Reaktion erforderlich sind bzw. wo Diskussionen, Spontanreaktionen-/Beiträge die wichtigste Kommunikationsform darstellen (insbes. Sprachkurse, Seminare, Konversatorien, Privatissima u.ä.) darstellen. Diese LV lassen sich kaum effektiv im Distanzmodus abhalten. Weitgehend ausgeschlossen vom DL sind Studienrichtungen, wo Laborübungen u.ä. absolviert werden müssen. Schwer realisierbar ist auch ein Online-Studium bzw. Online-Betreuung in Instrumentalmusik, Sportwissenschaft etc. Da enden bald einmal auch die Möglichkeiten von Videokonferenzen und sonstigen digitalen Tools. Technisch funktioniert (bis heute) nicht alles reibungsfrei – mit Ausfällen von Bild, Ton, Unterbrechungen etc. ist immer noch zu rechnen – Online-Modus als potenzieller Pannen- oder Überraschungsmodus sozusagen.

- Der Zutritt zu den (Instituts-)Bibliotheken war ausnahmslos untersagt. Die Uni-Hauptbibliothek in Wien war erst zwei Monate nach der Aussperrung wieder erreichbar, da war das Semester faktisch schon gelaufen. Dass aber keinerlei Alternativen zur Schließung (insbesondere des Verleihdienstes) der Bibliotheken ins Auge gefasst wurden – weder vom Ministerium noch von den Rektoraten abwärts – brachte viele Studierende (insbesondere in der Endphase ihrer Abschlussarbeiten, Vorbereitung für die Abschlussprüfungen etc.) in erhebliche Bedrängnis. Die Schließung der Lesesäle ist insbesondere für spezifische Forschungsarbeiten (mit / zu nicht verleihbaren Materialien und Quellen) fatal. Reichlich spät wurde (in der Hauptbibliothek der Uni Wien, aber auch in Graz) ein Einscandienst organisiert – die wohl umständlichste und unökonomischste Form Bücher zu verleihen. An das Naheliegende wurde nicht gedacht und es auch nicht umgesetzt: Ausgabefenster in der Bibliothek oder in der Aula, Zeit-Slots für den Entlehndienst, zahlenmäßige Beschränkung des Zutritts zu den Verleihschaltern etc., oder – das wäre ja auch noch eine Option gewesen – Zustellung der Online bestellten Bücher per Post.
- Für den Lehrbetrieb im WS 20/21 wurden von den Universitätsleitungen nach dem für die meisten Studierenden verlorenen SS 2020 Mischformen von Präsenz- und Fernunterricht empfohlen. Bald nach Beginn des Wintersemesters 2020/1 fand die Lehre nur noch virtuell statt. Auch wenn der Lehrbetrieb irgendwie wieder „hochgefahren“ und aufrecht erhalten wurde, wird / werden das bzw. die kommende(n) Semester mit den bisherigen nicht mehr vergleichbar sein, methodologisch, inhaltlich, soziokommunikativ, didaktisch, leistungsmäßig etc. Letzten Endes heißt das dann aber auch, dass die kommenden Studentengenerationen mit Corona-Folgen zu kämpfen haben. Eine Frage ist schließlich auch, was sich dann (d.h. in der Post-Corona-Ära) von den Notprogrammen als Normalbetrieb durchsetzen wird, vor allem dann, wenn sich die Bildungsbürokratien Einsparungen versprechen – wenn das geschehen wird, dann selbstverständlich zu Lasten der Lehrenden wie der Studierenden. Nicht uninteressant ist zu erwähnen, dass das USI (Universitätssportsinstitut) Wien 300 Lehraufträge (für das WS 2020/1) nicht verlängert hat (das kommt einer Kündigung für die Betroffenen gleich). Diese Einsparungsmaßnahme geschah kaschiert durch Corona ohne mediale Aufmerksamkeit. Das Angebot für Studierende wurde dadurch drastisch eingeschränkt.⁵

⁵ Übrigens: Die Universitätenkonferenz verlangt im Zuge der Budgetverhandlungen für 2022-24 eine Steigerung von 2,1 Mrd, von der Regierung werden nur 1,2 Mrd. geboten. In das Bild passt auch, dass die Professur für Latein an der Universität Salzburg nicht nachbesetzt werden soll, Ungemach droht dort auch der Romanistik.

- Die technisch-organisatorische Umsetzung selbst eines Rests von Präsenzlehrveranstaltungen ist – so aufwändig sie auch sein wird (Abhaltung von Parallel-LV, Hybrid-LV, Gruppensplitting, Auflösung von LV in Tutorien etc.) nur ein Teil des Problems. Das Sommersemester (SS) 2020 kann nicht so einfach abgeschrieben, neutralisiert oder „Null gesetzt“⁶ werden. Ein Großteil der LV konnte einfach nicht die vorgesehenen Studienziele erreichen, einem Nachholen im folgenden Wintersemester (WS) stehen gravierende Hindernisse entgegen. Die durch die Studienarchitektur vorgegebenen fixen Voraussetzungsketten der Curricula können nur mit Schwierigkeiten (unter der Bedingung der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel) umgangen werden. Insbesondere Sprachkurse können auch hinsichtlich ihrer Stundenzahl nicht einfach verdoppelt werden, um den Verlust des SS wettzumachen, also z.B. einen Kurs stundenmäßig aufzudoppeln, statt 6 SWSt auf 12. Der Wissenserwerb insbesondere in den Sprachstudienrichtungen lässt sich nicht so einfach steigern wie industrielle Produktion (durch erhöhte Taktungen udgl.).⁷ Ein Nachholen dieser LV-Typen (es geht um Übungen, Seminare, Konversatorien u.a. und LV mit sog. prüfungsimmanenten Charakter“) im WS parallel zum laufenden Lehrprogramm ist faktisch nicht möglich, es stehen gar nicht genug Vortragende, Hörsäle, Laborplätze etc. zur Verfügung, ganz abgesehen von der Finanzierung dieses zusätzlichen Aufwandes. Ein kleines Zeitfenster hätte noch genutzt werden können: Das SS endet formell erst Ende November, bis dahin hätte – kreative Lösungen vorausgesetzt – zumindest theoretisch Verschiedenes noch aufgeholt und quasi repariert werden können. Da aber in dieser Richtung bisher kaum Vorkehrungen (Bereitstellung der finanziellen Mittel, Organisation zusätzlicher Lehre, organisatorische Verzahnung von Nachhol-LV mit dem regulären Lehrbetrieb ab Oktober, Klärung der Raumprobleme etc.) getroffen wurden, blieb diese Möglichkeit weitgehend ungenutzt.

Zwischenresümee – offene Fragen

Die (noch im Frühjahr 2020 stark gehegten) Hoffnungen, dass ab Herbst die Corona-Epidemie im Wesentlichen bewältigt sein und das Bildungswesen wieder den „Normalbetrieb“ fahren können würde, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, weltweit nehmen die Infektionen zu, es ist davon auszugehen, dass uns die Pandemie – und ihre (ökonomischen, gesellschaftlichen etc.) Folgen – noch lange im Griff haben wird. Zu wichtigen Fragen, die während des ersten Corona-Halbjahres aufgetaucht sind, gab es kontroverse Einschätzungen und dementsprechende Maßnahmen: Sind Kinder und Jugendliche (Super)Spreader? Sind Schulen gefährliche Orte der Verbreitung des Virus? u.dgl. Die Antworten der Wissenschaft waren z.T. widersprüchlich, es gab unterschiedliche Interpretationen der Fakten, wenig Eindeutigkeit und Zuverlässigkeit. Die Situation wird noch verkompliziert dadurch, dass sich immer wieder Wissenschaftler medienwirksam zu Wort melden, die in den einschlägigen Gebieten nicht geforscht haben und Kollegen von Fach und Expertise konterkarieren. Eine solche Atmosphäre fördert Verschwörungstheorien auf breitem Feld. Abgesehen davon stehen nicht selten virologische / medizinische Empfehlungen pädagogischen Notwendigkeiten diametral gegenüber, so z.B. behindert voller Mundschutz Artikulation und Verständlichkeit, was erhebliche Auswirkungen auf den (Fremd-)Sprachunterricht hat: Arbeit an und mit der Artikulation, Intonation etc. auch Gruppen-/Partnerarbeit mit Mikrodialogen, Rollenspiele, Kommunikationssituationen, in denen auch emotionale Elemente (Körpersprache) eine Rolle spielen (sollen) sind hinter einer Maske sehr schwer realisierbar. Inzwischen gab es auch den Vorschlag, mehr

⁶ Seitens des Ministeriums war vorübergehend von einem sog. „Nullsemester“ die Rede.

⁷ Erfahrungen mit sog. Intensivkursen aus Russisch am Institut für Slawistik der Universität Wien mit doppelter Stundenanzahl zeigten jedoch gegenüber den Normalkursen besten Falls bloß einen Mehrertrag von ca 30%.

Unterricht im Freien abzuhalten – witterungsbedingt und den lokalen Möglichkeiten entsprechend wird dies als Minderheitenprogramm ja durchführbar sein. Die bereits umgesetzte Praxis, Unterrichtsräume so zu teilen, dass die Distanzregeln einfach eingehalten werden können, stößt an Grenzen: Für ein paralleles Führen von Klassen, Gruppen oder ganzer LV an Unis fehlen Lehrkräfte bzw. auch geeignete Räume (inzwischen wurden Schulleitungen aufgefordert, selbstständig Räume zu suchen und anzumieten, warum werden/werden da nicht die übergeordneten Schulbehörden, die Bildungsdirektionen aktiv?). Unterricht im Schichtbetrieb umgeht zwar die Raumproblematik, ist aber keine Antwort auf die Personalfrage: Die eingesetzten Lehrkräfte können schon rein physisch nicht die doppelte Lehrverpflichtung übernehmen. Ein Ausweichen auf den digitalen bzw. hybriden Unterricht (d.h. Mischung aus Präsenz- + Fernunterricht / Homeschooling) lässt offen, was er in Wirklichkeit leisten kann. Wenn mit Dauer der Pandemie die Begeisterung für eine virtuelle Unterrichtspraxis abgenommen hat und nun hybride Mischformen des Unterrichts zum Mainstream werden, so ist dies der Erkenntnis geschuldet, dass die Grenzen des DL und des HS offensichtlich geworden sind. Verschiedentlich (von Medien, Industrie, Influencern etc.) geäußerte Forderungen endlich „Virtual Classrooms“ einzurichten, sind nicht die Lösung, vor allem bei den jüngeren Schulpflichtigen ist die aktive Mithilfe der Erziehungsberechtigten (die dazu auch fachlich imstande sind) absolut notwendig. Letzteren kann nicht weiter (d.h. auf unabsehbare Zeit) die Lehrersatzrolle zugemutet werden. Der anfängliche Reiz des Neuen – DL / HS – ist verblasst, längst hat sich „Zoom fatigue“ breit gemacht. Wir haben es zweifellos mit didaktischen bzw. technischen Problemen zu tun, vor allem aber mit einem ganz klar soziokulturell einseitigen Fokussierung: Die selektive Sicht der Bildungspolitik in ihrer traditionellen exklusiven Konzentration auf die Mittelschicht verliert die Tatsache aus dem Blickwinkel, dass es Familien außerhalb dieser privilegierten Sphäre gibt, die sich beispielsweise einen Internetanschluss, die notwendige Hard- und Softwareausstattung finanziell gar nicht leisten können, wo es niemanden in ihrem Umkreis gibt, der sich mit dieser Technologie auskennt und Schulkindern mit entsprechender Hilfestellung zur Verfügung steht. Zudem sind auch die Wohnverhältnisse zu berücksichtigen (entsprechender Arbeitsplatz, Ruhe etc.). Das soziokulturelle Milieu entscheidet, ob und in welchem Ausmaß Kinder mit modernen digitalen Kommunikationsformen an DL und HS teilnehmen können. Die ministeriale Anweisung von Präsenzunterricht auf DL umzustellen, hat ganz offensichtlich dieses real existierende soziale Ungleichheit übersehen, das Problem ist nicht damit behoben, dass den „Bedürftigen“ Endgeräte (leihweise) zur Verfügung gestellt werden.

Aber auch bei Studierenden haben virtuelle Lehr-/Lernformen ihre Tücken: Termine werden nicht ernst genommen, die Qualität der geforderten Leistungen wird nicht oder nur zögerlich d.h. nach Aufforderungen und dann oft noch zu spät erbracht. Da technisch Verweigerungen, Abtauchen, Nichterreichbarkeit u.ä. leicht möglich und glaubhaft gemacht werden können, (d.h. diverse Fluchtreaktionen können gut kaschiert werden, z.B. durch vorgeschobene oder vorgetäuschte technische Pannen etc.), wird auch davon wie selbstverständlich Gebrauch gemacht. Auch Lehrende entziehen sich nicht diesem Trend. Es ist sicher nicht verkehrt anzunehmen, dass sich dieses Verhaltensmuster auch im kommenden Semester fortsetzen wird. Der virtuelle Lehr- und Lernmodus stößt eben auf seine Motivationsgrenzen. DL und HS erfordern ein sehr hohes Maß an Selbstdisziplin, Anforderungen, die von jüngeren Kindern / Jugendlichen nicht aufgebracht werden können und von den Erziehungsberechtigten ausgleichend, motivierend usw. kompensiert werden müssten ... Lernen ist ein sozialer Prozess, der nicht an Algorithmen ausgelagert werden kann. Die monatelange Aussperrung, keine physischen Kontakte, (in der Regel) verringerte körperliche Bewegungsmöglichkeiten (diverse Sportverbote), Suchtgefahr durch vermehrte Hinwendung zu den digitalen Medien (auch eine Folge des DL / HS), familiäre aus dem Lockdown und ökonomischen Notsituationen resultierende Konflikte etc. haben rundum Spuren in der Psyche und im sozialen Verhalten hinterlassen (dies zeigt sich in den Schulklassen im Abnehmen früherer freundschaftlicher Atmosphä-

re, einem zunehmend auffälligen Verhalten, Depressionen, gegenseitiger Respektlosigkeit, rüdem von den social media beeinflusstem Umgangston, u.a.). Nicht zuletzt deshalb gab und gibt es von allen Seiten Appelle und Bemühungen den Unterrichtsbetrieb auf alle Fälle aufzunehmen und aufrecht zu erhalten. Wie es derzeit aussieht, bleibt die Aufarbeitung der psychosozialen Probleme, die durch die Pandemie entstanden sind bzw. verstärkt wurden, letztlich am Lehrkörper allein hängen, statt dass dafür ausreichend professionelles Personal eingesetzt wird. Beratungshotlines, Kummernummern werden vermehrt aufgerufen, die psychische Gesundheit vieler Kinder und Jugendlicher (dramatische Zunahme von Depressionen, Angstzuständen, Essstörungen udgl.) ist in Gefahr, viele vor allem jüngere Kinder sind abgehängt, können einfach nicht mehr. Sie müssen psychisch ins Gleichgewicht gebracht und bildungsaufnahmefähig gemacht werden, Stress muss abgebaut ihre Persönlichkeit gestärkt werden. Manche Kinder und Jugendliche (die Minderheit) haben sich durch Corona persönlich weiterentwickelt, sind authentischer, selbständiger, autonomer, selbstsicherer geworden. Diese Minderheit hat zumindest in dieser Hinsicht gewissermaßen von der Krise profitiert.

Erwart- und erkennbare Bildungsdefizite

Dass die Lehrziele wie in den Lehrplänen und Curricula noch erreicht werden können, wird immer unwahrscheinlicher. Es ist kaum anzunehmen, dass das SS 2021 als normaler Präsenzunterricht ablaufen wird. DL und HS können einen normalen Präsenzunterricht nicht kompensieren weder in fachlicher Hinsicht und noch weniger in im Bereich des sozialen Lernens. Von diesen Tatsachen ist auszugehen, wenn wir die sich daraus ergebenden bildungspolitischen Konsequenzen diskutieren. Es bleiben eine Reihe unbeantworteter und ungelöster Fragen: Wie sieht es mit einem Leistungsvergleich (der unterschiedlichen Varianten von) Hybrid-Unterricht, DL, e-Learning mit dem Präsenzunterricht (der vergangenen Jahre) aus? Was wird letztendlich effektiv gekonnt / gewusst? Muss Unterrichtsstoff (wenn ja, welcher) gekürzt werden, – d.h. soll / muss auf Inhalte bzw. letztlich auf Ausbildungsqualität verzichtet werden? Wie können die offensichtlichen Bildungsdefizite (darunter insbesondere sprachliche Defizite) aufgeholt werden? Dass sich nach vielen Monaten Videokonferenzmüdigkeit breit macht, war aber zu erwarten. Technologiegesteuertes DL / HS bedingt nicht wünschenswerte Nebeneffekte wie Monotonisierung des Unterrichtsprozesses, forciert ganz besonders aber das Teaching to the test, oberflächliches verständnisfreies (Auswendig-)Lernen (meist von prüfungsrelevanten Schlüsselbegriffen) udgl. Allerdings sind diese Lernformen schon im output- und kompetenzorientierten Präsenzunterricht im Grunde angelegt, werden aber durch DL und HS noch verstärkt.

Auch die Matura 2021 ist diesbezüglich auch noch nicht im Trockenen: Nach den derzeitigen Voraussetzungen würde sie einen Schulabschluss darstellen, der im Vergleich zu den vergangenen Jahren um einiges unter den vorgesehenen Anforderungen zu liegen kommt. Für die Maturanten 2021 kann als ausgeschlossen angenommen werden, dass sie das verlorene SS 2020 in der 8. Klasse einarbeiten / nachholen können. Das lässt das schon normaler Weise übervolle Arbeitsprogramm der Abschlussklasse gar nicht zu. Eine Gruppe von Maturanten (Fairtura⁸) fordert daher eine Herabsetzung der Anforderungen für die Matura (2021) mit dem guten Argument, dass auf Grund der Schulschließungen viele maturarelevante Inhalte nicht adäquat erarbeitet und geübt werden konnten. Das Anliegen ist auch deshalb nachvollziehbar, weil dem Maturajahrgang 2020 ähnliche Erleichterungen gewährt wurden. Die Sache hat jedoch einen Haken: Werden die Hochschulen hinsichtlich der Aufnahmeverfahren auch ihre Anforderungen nach unten abregeln oder bleibt es den Betroffenen selbst überlassen, sich die notwendigen Kenntnisse und Voraussetzungen bei den entsprechenden Anbietern anzueignen, d.h. Chancen nur dem, der sich entsprechende Vorbereitungsangebote leisten kann? – Sozial-

⁸ <https://futter.kleinezeitung.at/fairtura-gemeinsame-stimme-fuer-eine-matura-mit-klaren-regeln/>

darwinismus pur? Einen Qualitätsverlust können sich die Hochschulen nicht leisten, sie können die Standards der Aufnahmeverfahren / Aufnahmeprüfungen für viele Studienrichtungen hinsichtlich ihrer Anforderungen nicht einfach nach unten abregeln. Wenn das so kommt, dann müssen wir nicht nur von verlorenen Semestern sondern vielleicht gar von einer (weiteren) verlorenen (oder zumindest geschädigten) Generation sprechen.

Wenn aus dem zuständigen Ministerium (kurzfristig) verlautet, dass ein „Null-Semester“ (d.h. ein Semester mit verringertem Lernertrag) nicht so schlimm ist, weil der Bildungsweg ja noch lang ist und vieles aufgeholt werden kann, so stimmt dies nur teilweise: Maturanten des Jahrgangs 2021, Studierende in den Schlusssemestern beispielsweise haben real kaum die Möglichkeit in der regulären Schul-/Studienzeit aufzuholen, was im SS 2020 (und schließlich auch im WS 2020/1) nicht erledigt werden konnte. Die Corona-bedingte Bildungskrise war nicht mit dem „Neustart“ des Unterrichts im WS 2020/1 „bewältigt“ (den es ohnedies nicht gegeben hat, es handelte sich um die Fortsetzung des Notregimes vom vorigen Semester). Dazu werden mehrere Semester nötig sein. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Zukunft der betroffenen „Corona-Generationen“. Ziemlich klar kann man sich das in den Sprachfächern an den Universitäten vor Augen führen, wo der Sprachunterricht im SS 2020 bestenfalls rudimentär gelaufen ist (nicht viel besser sind die Aussichten für das WS 2020/1). Das im BA-Curriculum definierte Ziel B2 (in der Hauptsprache) werden Studierende der Philologien, die ihren Studienabschluss 2021 geplant haben, nicht erreichen können. Schlimmstenfalls werden formale Abschlüsse erreicht z.B. Berufslizenzen vergeben, wie z.B. Lehrberufe, Dolmetscher etc., die aber real wegen Corona nicht den geforderten Qualifikationen entsprechen. Vorschläge, die Anforderungen der Matura 2021 dem tatsächlichen Lernertrag anzupassen, um das symbolträchtige Ritual Matura zu erhalten / retten, wie in den Medien diskutiert, ist verständlich aber äußerst problematisch: Dieser Abschluss ist dann erst recht als Corona-Abschluss markiert und ist für weiterführende Studien und Lehrgänge schlecht positioniert. Um die Berufschancen bzw. die Weiterbildungsmöglichkeiten / Bildungskarrieren der Studierenden nicht zu schmälern, müsste ausgleichend gegengesteuert werden, durch einen Mix von Maßnahmen wie Verlängerung des Studiums, Teilwiederholung des Studienjahres, passende postgraduale Angebote, spezifische Vorbereitungskurse an den weiterführenden Bildungsinstitutionen, Überbrückungssemester, Propädeutika u.ä. Aber dazu müsste die Tatsache, dass es Defizite und Mängel gibt, einmal politisch anerkannt und zugegeben werden. Die hier skizzierte Problematik, die Frage der Qualifizierung (im Bologna-Jargon employability) und die damit verbundenen Berufsaussichten spielten im öffentlichen Diskurs bisher – noch – kaum eine Rolle, poppt aber immer öfter auf. In der Slowakei und in der Tschechischen Republik wurde zumindest einmal die Möglichkeit angedacht, wegen Corona das gesamte Schul- / Studienjahr zu wiederholen. Diese Idee wurde zwar nicht umgesetzt, aber immerhin war sich die politische Führung (zumindest eine Zeit lang) dieser Problematik bewusst. Auch hierzulande wird sich früher oder später diese Frage stellen und eine klare Antwort verlangen.

Zweiter und dritter Lockdown statt definitivem Exit aus Corona

Eigentlich war im Sommer 2020 zu befürchten, dass der Herbst nicht „normal“ wird, dass u.U. schlimmsten Falls die Bildungseinrichtungen wieder geschlossen werden müssen und eine weitere Phase des DL und HS kommen wird – mit all den Problemen und Nebenwirkungen, die mit diesen Unterrichtsformen verbunden sind. Die Politik war so zuversichtlich (warum eigentlich?), dass es keinen zweiten Lockdown geben wird und traf auch keine Vorkehrungen dafür, dass es anders kommen könnte. Es gab keinen Plan B, der im Bedarfsfall hätte aktiviert werden können (z.B. hinsichtlich Betreuung, Beschaffung zusätzlicher Unterrichtsräume, zusätzlichen pädagogischen Personals, technischer Ausstattung usw.). So wurde und wird die Krise im Ad-hoc- Modus weiter gemanagt. Im September schien den politisch Verantwortlichen so etwas wie Normalität noch möglich (obwohl Experten auf die im Sommer stark ansteigenden Infektionszahlen hinwiesen und vor Euphorie warnten), die Regierung gab

sich damit zufrieden, dass der „Unterrichtsbetrieb hochgefahren“ war und „lief“. Da und dort wurde noch die technische Ausstattung (mit digitaler Soft- und Hardware) optimiert aber ansonsten erschien alles „im grünen Bereich“. Dann am 3.11. kam der zweite Lockdown mit schwerwiegenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit – für einen Monat, vorerst (wobei die Regierungsspitze und Wirtschaft hoffte, so das Weihnachts-/Geschäft bzw. Fest zu retten). Dann ereignete sich der islamistische Terroranschlag in Wien. Dieser psychische Stress insbesondere für jüngere Kinder und Jugendliche sollte verarbeitet werden, was im DL- und HS-Modus eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit war. Ab Anfang November 2020 wurde diskutiert, ob nicht auch die Unterstufen geschlossen werden sollten, am 17.11. war es dann tatsächlich so weit (die Entscheidung war strittig, wurde aber entgegen wissenschaftlichen Empfehlungen durchgesetzt). Wieder stehen virologische und pädagogische (sozialpädagogische, psychologische u.a.) Positionen konfliktorisch gegenüber: Wenn schon die virologische Entwicklung ein Einfrieren des gesamten Bildungswesens erzwingt, dann stellen sich pädagogische Fragen – Auswirkungen, Beseitigung der Folgen etc. – umso dringlicher. Es wird immer klarer erkennbar, dass der DL-/HS-Modus bestenfalls eine Notlösung darstellt und erhebliche Kollateralschäden produziert, womit ganz besonders der Pflichtschulbereich zu kämpfen hat. Der Distanzmodus ist für jüngere Kinder und Jugendliche vor allem psychisch schwer zu verkraften, je länger die Krise und das DL/HS-Regime andauert, desto wichtiger wird der Beitrag der Schule zur psychischen Stabilisierung ihrer Schutzbefohlenen. Natürlich hätte es Alternativen zur vollständigen Aussperrung des Präsenzunterrichts gegeben – bei vorausschauender Vorbereitung und entsprechenden Begleitmaßnahmen durch die politisch Verantwortlichen. Kindergärten, Schulen haben aber keine Priorität im Krisenmanagement erfahren, von den Universitäten ganz zu schweigen. Aus dem ersten Lockdown wissen wir, dass Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie Beratung von Erziehungsberechtigten in inhaltlichen, technischen, sozialpsychologischen Belangen ein dringliches Erfordernis darstellt, dafür hätten Raum- und Zeitressourcen (Slots) für die Einhaltung der Hygieneregeln eingerichtet werden müssen. Möglicherweise wären Ganztagschulen für die Bewältigung dieser Situation besser gerüstet (davon gibt es aber zu wenige).

Wie beim ersten Lockdown erschlossen sich auch diesmal viele Verordnungen und Maßnahmen nicht logisch, z.B. die Regel, dass die Zahl der Personen pro Klasse mit 9 Personen begrenzt wurde ohne Berücksichtigung der Klassenraumgröße. Der Lehrbetrieb an den Unis wurde ohne Hinblick auf die lokalen Gegebenheiten pauschal auf DL umgestellt. In vielen Studienrichtungen ohne Massenbetrieb wäre Präsenzbetrieb durchaus möglich (gewesen), LV mit bis zu 20 Personen wären in den meisten Fällen selbst unter Einhaltung strengster Hygiene- und Distanzvorschriften durchführbar, wurden aber nicht erlaubt. Das Sportinstitut / USI hat auf Online-Betrieb umgestellt (aber welche Sportarten können sinnvoll auf diese Weise betreut, unterrichtet werden?). Interessant ist auch folgende Inkonsistenz: Ausgenommen von der Covid-Schutzverordnung sind „Zusammenkünfte zu erforderlichen beruflichen Aus- und Fortbildungszwecken“ (Sprachkurse des AMS / Arbeitsmarktservice). In diese Rechtspraxis könnte man auch die Sprachkurse der Lehramtsstudien, Dolmetsch-/Übersetzerausbildung an den Unis hineinreklamieren. Interessant ist aber die Empfehlung des AMS auf Online-Unterricht umzustellen, „wenn es der Unterricht zulässt und es den Bildungserfolg nicht gefährdet“⁹ Diese Bedingung ist deshalb bemerkenswert, weil dieser Aspekt des Bildungserfolges im Zuge des DL / HS sonst in der Bildungsbürokratie kaum Erwähnung bzw. Berücksichtigung findet.

Im Vergleich zum ersten Lockdown blieb wenigstens der Verleihdienst der Bibliotheken zugänglich – nicht aber die Lesesäle, wo in Wirklichkeit Distanz- und Hygieneregeln einfach zu

⁹ Standard 6.11.2020 S.11

handhaben sind. Somit wurden wieder alle jene ausgeschlossen, die auf Bibliotheken angewiesen sind.

Hochschulen: Prüfungen im Distanzmodus

Als ein Problem besonderer Art stellen sich Prüfungen im Distanzmodus heraus. Da haben sich Universitätsleitungen und Lehrende einen z.T. skurrilen Wust von Regeln ausgedacht (von denen einige an der Gesetzeskonformität kratzen, wie nicht nur von studentischer Seite kritisiert wurde), die z.T. stark in die Privatsphäre der Studierenden eingreifen. Das geht von der Ausrichtung der Webcam (Großteil des Zimmers und die Tür müssen sichtbar sein) bis zum durchsichtigen Trinkglas, dem vor dem Prüfungsantritt auspackenden Müsliriegel, etc. Oft wird noch das (schriftliche) Einverständnis abverlangt, dass sich die Prüflinge mit der Aufzeichnung der Prüfung einverstanden erklären. Außerdem haben sie für eine stabile Internetverbindung zu sorgen – einfach so, als ob „User“ das beeinflussen könnten. Dieser Punkt ist insofern heikel, weil es relativ häufig vorkommt, dass man aus technischen Gründen aus Videokonferenzen hinausfliegt, für Prüflinge haben solche Pannen erhebliche Folgen (das Aushandeln eines neuen Prüfungstermines verursacht Stress auch bei den Lehrenden, Ausarbeitung neuer Prüfungsfragen, etc.). Für diese Fälle ist kein Regulativ vorgesehen, Studierende sind da allzu oft auf den guten Willen der Prüfenden angewiesen.

Corona-Tests des akademischen Lehrkörpers, ebenso wie die (zumindest teilweise) Öffnung der Hochschulen standen zu keinem Zeitpunkt auf der Tagesordnung – selbst im Jänner 2021, dem Zeitpunkt des Auftretens besonders infektiöser Corona-Mutationen. Auch hinsichtlich der Impfpläne haben Hochschulen keinerlei Priorität. Erst Ende Jänner 2021 vernimmt man seitens der Universitätskonferenz in der Presse eine Wortmeldung, die als eine Art Anregung in Richtung Priorisierung der Hochschulen im Hinblick auf Impfungen interpretiert werden könnte.

Dass die Schulen beim zweiten Lockdown einen besseren Start hatten als beim ersten, ist in erster Linie das Verdienst der Lehrenden zurückzuführen, die in einer enormen Kraftanstrengung Materialien für das DL / HS vorbereiteten und mit den meist chaotischen Hard- und Softwarebedingungen zu Rande kamen. Die Lehrerschaft wurde von den Schulbehörden weitgehend alleine gelassen, auch die Gewerkschaft ließ nicht allzu viel von sich hören.

Über den Sommer geschah kaum etwas in Richtung Vorbereitung auf eine mögliche weitere Phase von DL / HS, sodass der Lockdown im Herbst doch wieder recht überraschend kam. An den Unis war die Situation insofern besser, als die Rechenzentren Schulungen organisierten und hinsichtlich der Tools Empfehlungen ausgaben. Das verhinderte aber trotzdem nicht Zusammenbrüche von Servern, wiederholte Bild-/Tonausfälle, etc. Beispiele dieser Art sind Legion.

IHS-Studie zu mittel- und langfristigen Folgen von Schulschließungen

Im November wenige Tage vor der Verkündung des zweiten Lockdowns ließ eine fundierte Studie des IHS (Institut für Höhere Studien) über die finanziellen Folgen von Schulschließungen aufhorchen¹⁰, die in Auszügen hier referiert wird: „Schulschließungen ... haben vielerlei Konsequenzen. Für SchülerInnen reduzieren sich die Sozialkontakte, und die Tagesstruktur geht weitgehend verloren. Für LehrerInnen ändert sich die Grundlage für ihr pädagogisch-didaktisches Vorgehen ohne, dass entsprechende Konzepte, Materialien und vielfach auch Kompetenzen dafür zuvor systematisch aufgebaut worden wären. Für das Elternhaus bzw. den Herkunftskontext werden durch Home Schooling Strukturen vorausgesetzt, die nicht unhinterfragt angenommen werden können. Das beginnt bei technischer Infrastruktur (Endgeräte und Bandbreite), setzt sich fort bei ungestörten Platzangeboten und gipfelt in der Erwartung priva-

¹⁰ <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5529/1/ihs-policy-brief-2020-kocher-steiner-corona-schulen.pdf> (11.11.2020)

ter Unterstützung der Lernleistung, die wiederum entsprechende Zeitressourcen und kulturelles Kapital im Herkunftskontext voraussetzen. Zeitressourcen und Infrastruktur stehen dabei im Konflikt mit den beruflichen Verpflichtungen von Eltern. Der Zusammenhang zwischen den kulturellen und materiellen Ressourcen des familiären Hintergrunds und den Lern- und Schulleistungen der Kinder ist weithin bekannt ... (S.5). Über die Reichweite von DL / HS heißt es in der Studie: „Der Anteil der kaum oder nicht erreichbaren SchülerInnen liegt nach Einschätzung der LehrerInnen im Durchschnitt bei 12% bezogen auf ganz Österreich bzw. bei 15% in Wien. ... Nochmals deutlich dramatischer fallen die Erreichbarkeitsschwierigkeiten bei benachteiligten SchülerInnen aus. Demnach können österreichweit 37% der benachteiligten SchülerInnen nicht oder nur schlecht für das Home Schooling erreicht werden, ein für diese Subgruppe dreifach erhöhter Wert verglichen zum Gesamtdurchschnitt.“ (S.6) „Aus Sicht der LehrerInnen haben rund 40% der SchülerInnen Schwierigkeiten mit den technischen Voraussetzungen, fehlender Unterstützung durch den familiären Kontext bzw. was einen ruhigen Platz zum Arbeiten betrifft ... Endgeräte und Bandbreite tragen auf Basis dieser Ergebnisse zwar zu einem Gelingen des Home Schooling bei, sind jedoch bei weitem nicht hinreichend. Soziale und psychologische Aspekte spielen eine genauso große bzw. zuweilen sogar größere Rolle (S.7) Der Sorge, dass „die SchülerInnen den Jahresstoff nicht schaffen“ stimmen 38% sowie der Aussage zu, „dass das Kompetenzniveau der SchülerInnen durch das Home Schooling verschlechtert wird ... Die Problemlage ist in Wien wiederum akzentuierter ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt“. (S.8)

Aus diesen Prämissen leitet die IHS-Studie zwei Hypothesen ab (S. 9 ff):

- Home Schooling führt (zumindest in der Form, wie es praktiziert wurde) zu Kompetenzeinbußen in einem erheblichen Ausmaß.
- Home Schooling erhöht die soziale Ungleichheit des Bildungsertrags deutlich.

Die den Langzeitwirkungen des DL / HS sind allarmierend: „All diese Ergebnisse erlauben ein erstes Fazit über die sozialen Folgekosten des Home Schooling und der Schulschließungen: Das pandemiebedingte COVID Home Schooling bleibt nicht ohne Folgen und enorme soziale Kosten. Insgesamt sind Kompetenzverluste und damit verbundenen Langzeitwirkungen (wie früher Bildungsabbruch, höhere DropOut-Quoten bzw. geringere Karrierechancen) insgesamt zu erwarten. Insbesondere sind diese Kompetenzverluste v.a. bei benachteiligten Jugendlichen stark ausgeprägt. Damit wachsen die ohnehin schon großen sozialen Unterschiede im österreichischen Bildungssystem nochmals deutlich.“ Die IHS-Studie berechnet auch die durch die pandemiebedingte Unterrichtspraxis zu erwartenden Einkommensverluste: „Auf sehr vorsichtiger Schätzbasis kommt man auf einen Erwerbseinkommensverlust aller betroffenen SchülerInnen von 100-200 EUR pro Monat eines Schul-Lockdowns.“ (S.13)

Hinsichtlich der Entscheidungen für bzw. gegen Schulschließungen gibt die IHS-Studie strenge Kriterien vor: „Aus den hohen Kosten ergibt sich, dass die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen die Ultima ratio in der Pandemiebekämpfung sein sollte. Der Nutzen muss von VirologInnen und EpidemiologInnen als sehr hoch bewertet werden, um sie zu rechtfertigen. Auch eine (weitere) Abstufung nach Alter oder durch Verkleinerung von Klassen ist zu überdenken. Sind Schließungen aus epidemiologischer Sicht nicht zu verhindern, muss alles darangesetzt werden, die negativen Folgen so gut es geht abzufedern. Unter Abfederungsmaßnahmen fallen schulorganisatorische und technische Unterstützung von SchülerInnen und LehrerInnen, aber auch eine treffsichere Unterstützung der Eltern, um die Doppelbelastung Betreuung-Beruf zu reduzieren.“ (S.3)

Die Studie hatte ebenso wie Bedenken weiterer involvierter Wissenschaften keinerlei Einfluss auf die Entscheidung der Regierung die Schulen zu schließen. Auch der der Erziehungswissenschaftler St. Th. Hopmann positioniert sich ebenfalls deutlich, wenn er scheidet: „Welche Rolle Kindergärten und Schulen während der Pandemie spielen, ist keine allein vom Virus bestimmte Größe. Man hätte ja auch die Zeit seit der ersten Corona-Welle nutzen können, alle

Bildungseinrichtungen auf die wahrscheinlich zweite Welle vorzubereiten: technisch durch eine bessere Ausstattung von Schulen, Lehrkräften und Schülerschaft; organisatorisch durch eine Auffächerung des Schulalltags, die zeitlich versetzte Anfänge, Gruppeneinteilungen und flexible Unterrichtsgestaltung erlaubt; personell durch Einstellung des dafür notwendigen Betreuungspersonals“.¹¹ Chronische Probleme des österreichischen Schulwesens seien seit Jahrzehnten nicht behoben worden. „Ärgerlicherweise kommt hinzu, dass sich der Bundesminister als Minister für gymnasiale Schulangelegenheiten bei gelegentlicher Berücksichtigung sonstiger Schulformen zu begreifen scheint. Das Wenige, was er zustande bringt, ist zunächst meist auf die Bundesschulen, sprich: Gymnasien, beschränkt. Alle anderen werden auf die leeren Kassen der Bundesländer vertröstet. ... Einschlägige Forschung lässt erwarten, dass genauso wie im Pandemie-belasteten Schulunterricht weniger Wissen als sonst verbreitet wird und die sozialen Gräben tiefer werden. Wie viel Lernen dabei auf der Strecke bleibt, ist noch ungewiss, nicht aber wen es trifft. Die Strategie des Ministeriums ist also nichts anderes als blanker Sozialdarwinismus mühsam verkleistert durch scheinheilige Hilfsangebote wie die für diesen Zweck folgenlosen Sommerkurse.“¹² Dieser harschen Kritik ist der Tendenz nach schwer etwas entgegen zu setzen. Sozialdarwinismus ist in diesem Zusammenhang kein ideologischer Vorwurf sondern durchaus real, zynischer Weise könnte er als (inoffizielle) Strategie gegen überlaufene Studienrichtungen interpretiert werden.

Ultima ratio?

Schulschließungen wurden von der Politik als ultima ratio in Aussicht gestellt, ob sie wirklich alternativlos waren / sind, wird noch länger für Diskussionen sorgen. Auszugehen ist jetzt vom Faktum versäumter Unterrichtszeit und der Notwendigkeit die realen Kompetenzeinbußen zu kompensieren. Die vom zuständigen Ministerium vorgeschlagene Möglichkeit diese z.B. in den Ferien auszugleichen ist realistisch wohl so einzuschätzen: Die Lerndefizite durch monatelanges DL / HS können nicht in wenigen Ferienwochen kompensiert werden, bleibt da vor allem auch die offene Frage, durch welche Art von Unterricht bzw. Lernen, dies geschehen soll, durch privat organisierte und finanzierte Nachhilfe oder von den Schulbehörden organisierte Unterrichtsformen, wer soll die Jugendlichen pädagogisch, fachlich etc. betreuen? In der Zwischenzeit konstatiert auch das zuständige Ministerium Lerndefizite und sagt Förderung privater Initiativen zur Lernhilfe zu, diese soll ca. 7000 Kindern zu Gute kommen. Eine wirksame Gesamtlösung müsste jedoch anders aussehen. Da stehen mehr ungeklärte Fragen im Raum als konkrete und realistisch hilfreiche Vorschläge.

Nicht unwesentlich zu erwähnen ist, dass im derzeitigen DL/HS-Regime in erster Linie Hauptfächer berücksichtigt werden, die sog. Nebenfächer haben das Nachsehen, das sind aber Fachbereiche, die für Gesellschafts- und Politik-, für naturwissenschaftlich-technisches Verständnis von großer Relevanz sind. Es hat sich auch gezeigt, dass der DL/ HS-Modus nicht alle Kinder und Jugendlichen wirklich „mitnehmen“ kann. Auch können nur wenige vom DL/HS profitieren, indem sie selbständiger, gewissermaßen autonomer werden. Die überwältigende Mehrheit (und da ganz besonders die jüngeren Kinder und Jugendlichen vor allem aus benachteiligten Familien) hat mit erheblichen Defiziten zu kämpfen – ob und wie sie Unterstützung erfahren, die Defizite aufzuholen, ist derzeit nicht wirklich geklärt. Nachhilfen, Sommerschulen, etc. sind nicht in der Lage die monatelange Schulaussperrung und die Ergebnisse des DL/HS-Regimes wettzumachen. Das vollständige Durchbringen des vorgesehenen Jahresstoffes laut Lehrplan ist unter den gegebenen Bedingungen weitgehend Illusion. Das betrifft vor allem den (Fremd-)Sprachunterricht. Wie beim Sport oder Instrumentalunterricht genügt es nicht – z.B. nach einer längeren Pause – ein kurzes Intensivtraining (wie etwa Unterricht in den Ferien, Sommerkurse) einzuschieben und zu glauben, dass sich die alte Fitness,

¹¹ St. Th. Hopmann: Sozialdarwinismus als Schulkonzept. In: Standard 14./15.11. 2020 S. 39

¹² Ebda.

Geläufigkeit, Kondition, Kraft, etc. – nachhaltig – wieder voll einstellt. So ist es auch beim Spracherwerb (Analoges gilt auch für Mathematik u.a. Fächer), bloß um ein erreichtes Niveau, Souveränität und Sicherheit in der Sprachpraxis zu erhalten ist kontinuierliche (verhältnismäßig intensive) Beschäftigung mit der Sprache (Lesen, Sprechen, Schreiben) unabdingbar.

Ein besonderes Problem ist unter den aktuellen Lernbedingungen in den (Pflicht-)Schulen die Förderung der Praxis (unabhängig von der Muttersprache) der Unterrichtssprache Deutsch. Unter den aktuellen Unterrichtsformen leidet insbesondere die Lesefähigkeit und damit auch die Sprachfertigkeit, Schreiben, Ausdruck, sprachliche Korrektheit, mündlicher Ausdruck ...

Wesentliche Aufgabe und Ziel des Fremdsprachenunterrichts ist die Entwicklung mündlicher Kommunikationsfähigkeit. Dies geschieht vorzugsweise durch Gruppen- und Paararbeit, Rollenspiele etc. Im DL-Modus ist dies ein schwieriges Unterfangen. Inputs wie Filme, Videos, Hörspiele, Tondokumente etc. über Videokonferenzen aufzuarbeiten ist mühsam (wenn alles klappt, dann sind auch in einem gewissen Rahmen Gruppenarbeiten u.ä. möglich), meist steht der Aufwand in einem gewissen Missverhältnis zum erzielten Ergebnis. Ausweichen kann man auf die Förderung der Lesekompetenz: Lektüre bietet eine Nische, die sich insbesondere positiv auf Wortschatz, Stil aber auch sprachliche Richtigkeit auswirkt und keines besonderen technischen Aufwandes bedarf.

Es gilt Nischen zu finden und zu nutzen Im DL-/ HS-Modus kann relativ leicht inhaltsbezogenes Lesen gefördert werden (gewissermaßen als Antidot zu virtueller Kommunikation und medialem Überkonsum), nicht nur von Belletrie sondern auch von populärwissenschaftlicher naturwissenschaftlicher Literatur mit mündlichem wie schriftlichem Feedback. So hätte z.B. die Lektüre populärwissenschaftlicher Literatur zur Geschichte der Mathematik (z.B. Thema: Wie kam Pythagoras zu seiner berühmten Formel $a^2 + b^2 = c^2$), zu Teilbereichen der Physik, Chemie, Biologie, Geschichte, Geographie, Wirtschaftskunde usw. einen zum regulären Unterricht dieser Gegenstände alternativen (bzw. auch ergänzenden) Zugang schaffen können. Vor allem hätte dadurch das Lesen und Verstehen der entsprechenden Fachsprachen erschlossen werden können, wozu im regulären Unterricht kaum Zeit bleibt. Sicherlich kann man einwenden, dass so das „Stoffziel“ des Lehrplanes nicht erreicht wird (das wird es durch DL / HS auch nicht wirklich). Andererseits kann dafür durch diesen Zugang einiges an Verständnis für diese Fächer gewonnen werden, noch dazu, wenn zugesagt wird, dass dies nicht prüfungsrelevant ist, und die Jugendlichen das „für sich machen“. Die Möglichkeit von Lehrausgängen wurde unterschiedlich genutzt, bei denen vor allem die jüngeren Kinder einmal die Grenzen der Stadtbezirke, andere Stadtteile bewusst „ergehen“ und beobachten (viele kommen ja kaum über das enge Umfeld ihres Wohnbereiches hinaus). „Pädagogische Wanderungen“ dieser Art können realisiert werden auf den Spuren historischer Ereignisse, bedeutender Persönlichkeiten, an Zeugnissen des Barock, der Gotik, der Sezession, Orte von literarischer Bedeutung usw. usf. Man kann auch die Geologie, Ökologie des Ortes studieren, in Parks, auf Wiesen botanisieren, usw. Mit diesen „erkenntnisgeleiteten Wanderungen“ könnte man auch gleichzeitig das Bewegungsbedürfnis/Erfordernis wenigstens zu einem geringen Teil abdecken, das durch geschlossene Sportstätten, Fitnesscenter, Verbot bestimmter Sportarten drastisch eingeschränkt ist. Wenn man in Rechnung stellt, dass das „Stoffmachen“ durch DL / HS mühsam, wenig effektiv, nicht durchgängig möglich ist und – wie sich immer mehr herausstellt – nicht gerade die Motivation hebt, wären solche alternative Zugänge der skizzierten Art durchaus einen Versuch wert (gewesen) stärker auch von den Schulbehörden unterstützt und angeregt zu werden. Mit der (übereilten und wenig überlegten) Sperre der Museen, Tiergärten wurden allerdings viele Möglichkeiten des Lernens außerhalb des Klassenzimmers hinfällig.

Lernverluste

Die Lernverluste auf Seiten der Schulpflichtigen aber auch der Studierenden summieren sich buchstäblich monatlich. Allmählich wird man sich auch der Illusion bewusst, mit DL / HS die

vorgesehenen Lern-/ Lehrziele erreichen zu können – das gilt von den Grundschulen bis zu den Universitäten. Von Grundschulen wird berichtet, dass das Lernziel Lesen nicht erreicht wird, dass DL und HS aus den verschiedensten Gründen nicht greift, die Deutschkenntnisse der Schüler mit Migrationshintergrund schlechter geworden sind und generell Schüler wie Studierende in allen Fächern in ihren Leistungen zurückgeworfen werden. Trotzdem wird nach wie vor behördlicherseits versucht, die Verantwortung für Lehre / Unterricht an digitale Technologie also an DL und HS – letztlich aber an die Erziehungsberechtigten und die Betroffenen selbst zu delegieren. Eines ist sicher: Das ist politisch die einfachste und billigste Form sich dieser Aufgabe zu entledigen. Es ist schwer zu begreifen, warum der sichtbare und der zu erwartende Kompetenzabfall durch DL und HS (den die IHS-Studie als beträchtlich veranschlagt) der Politik offensichtlich keine schlaflosen Nächte verursacht. Niemand kann derzeit sagen, wie lange der Ausnahmezustand dauern wird und ob nicht ein weiterer Lockdown bzw. weitere notwendig werden. Die Bildungspolitik ist gefordert, sich endlich deziert dieser Problematik, d.h. den Folgen der monatelangen Aussperrungen zu stellen.

Schlittern statt Steuern durch die Krise

Fatal ist die Tatsache, dass die Bildungspolitik im Verlauf der der Pandemie sich als wenig lernfähig erwies und öfters wenig wissenschaftsbasiert zwischen verschiedenen Interessensgruppen mäanderte, wobei Bildungsanliegen, Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation regelmäßig den Kürzeren zogen. Die vielen Ungereimtheiten, die das Krisenmanagement begleiten, sagen sehr viel aus über die Prioritäten und das Bildungs- und Kulturverständnis der verantwortlichen Politik. Buch-, Blumenhandlungen u.a. wurden geschlossen, nicht aber Waffenhandlungen, weil sie als „systemrelevant“ gelten. Museen, Konzertsäle, Theater u.a. Kultureinrichtungen mussten ihren Betrieb einstellen, weil „nicht systemrelevant“, Schulen wurden geschlossen – nicht aber Massenwerbeveranstaltungen von Großkaufhäusern, udgl. Viele dieser Regelungen sind mit rationalem Denken ob ihrer Widersprüchlichkeiten und Inkonsequenzen kaum zu in Einklang zu bringen.

Zu Beginn der Pandemie ging die Wissenschaft auf Grund mangelnder Daten- und Forschungslage davon aus, dass Kinder und Jugendliche als Infektionsträger- und Verbreiter eher nicht in Frage kommen, erst im Herbst verstärkte sich ganz klar die Evidenz, dass diese Annahme so nicht stimmt, dass die Infektionszahlen im Schulbereich rasant ansteigen. Ende November / Anfang Dezember wurden dem Lehrkörper Tests angeboten (freiwillig, es nahmen ca $\frac{3}{4}$ daran teil), für Schulpflichtige (im Hybridunterricht bzw. nach der Aufhebung der strikten Schulschließung am 7.12.) waren sie aber nicht vorgesehen. Wenn schon Kinder und Jugendliche Infektionsträger sein können, dann müsste diese Tatsache auch politisch ernst genommen werden, d.h. dann müssten alle im Schulbetrieb Involvierten wiederholt getestet werden. Auf diese Weise hätte der „Betrieb“ noch am ehesten aufrecht selbst in der Hybrid-Form aufrecht erhalten werden können. In Deutschland (mit einer aktuell günstigeren Corona-Bilanz) wird der absolute Lockdown (Schließung von Schulen, Geschäften etc.) ganz konkret erwogen mit Vorverlegung und Ausdehnung der Weihnachtsferien etc. Hierzulande wurde vielmehr über Verhaltensregeln zu den Weihnachtsfeiertagen (Anzahl der Personen und Haushalte, die gemeinsam feiern dürfen etc.) und vor allem die Bedingungen der Öffnung der Schisaison diskutiert – und schlussendlich obsiegte der Schisport über Schulen und Kultureinrichtungen. Letztere beide gelten offenbar nicht als „systemrelevant“ und deren Betrieb als temporär verzichtbar.

Der 2. Lockdown brachte auch andere Kuriosa, darunter das Angebot einer Betreuung bzw. Lernbegleitung (in der Schule) für die jüngeren Kinder Unterricht im DL/HS-Modus und „für die, die es brauchen“. Dabei gibt es ein grundsätzliches Problem: Entweder es gilt aus virologischen Gründen die strikte Reduktion von Sozialkontakten, dann wäre Schulbesuch – zu welchem Zweck auch immer – eigentlich ausgeschlossen. Wenn aber die Schulen für diejenigen, „die es brauchen (und wollen)“, geöffnet werden – d.h. von der strikten Sozialkontakt-

sperre ausgenommen sind – warum ist dann zwischen „Unterricht“ und „Betreuung“ / „Lernbegleitung“ zu unterscheiden (und ist das überhaupt in der Praxis so eindeutig?), da wäre gleich Normalunterricht (z.B. im Schichtmodus) die bessere Option. Angesichts der fatalen Folgen von DL / HS, des (Über-)Konsums digitaler Medien, der Beschränkung von sozialen Kontakten etc. gibt es wohl kaum Argumente dafür, wer Betreuung bzw. regulären Unterricht nicht in Anspruch nehmen sollte. In dieser Unterscheidung „Unterricht“ und „Betreuung“ versteckt sich Sozialpädagogisches: „Unterricht“ als Normzustand findet nicht statt bzw. bestenfalls als virtuelles Notregime für diejenigen, die die (technischen u.a.) Voraussetzung dazu mitbringen, für die anderen (in der Mehrzahl aus einkommensschwachen Familien) gibt es nur „Betreuung“ – ein pädagogisches Schmalspurprogramm. Das Motto der Regierung „Koste, was es wolle“ (zur Bewältigung der ökonomischen Folgen der Pandemie) bezieht sich ganz offensichtlich nicht auf das Bildungswesen (übrigens auch nicht auf die Kultur). Wie hat doch der Bundeskanzler so klar formuliert: Die Schulen sind nicht geschlossen, nur findet der Unterricht dort nicht statt, sondern im Homeschooling. Zu Hause können und sollen sich Eltern in pädagogischer Ersatz-/Simulationsfunktion üben und beweisen. Dies ist eine schlimme Zumutung für alle Betroffenen.

Das Hin- und Herschieben von Verantwortung, Orientierungslosigkeit, das Ausspielen von Unzuständigkeiten, etc. sind in der aktuellen Pandemiebekämpfung chronisch. Im Dezember 2020 wurde Schulleitungen empfohlen sich selbst um Räumlichkeiten umzusehen, anzumieten etc., die für den Unterricht (wegen verschärfter Hygienevorschriften) geeignet sind. Warum können diese Arbeit nicht die „Bildungsdirektionen“ übernehmen und dadurch die Schulleitungen entlasten?

Auf Grund eines mangelnden Engagements der Politik für die Bildungsbelange hängt über der Zukunft eines großen Teils der jungen Generation hinsichtlich ihrer (Aus-)Bildung ein sozialdarwinistisches Damoklesschwert – wer es sich leisten kann d.h. die entsprechenden Ressourcen hat oder aufbringen und sich auf dem freien Bildungsmarkt bedienen kann (z.B. Vorbereitungskurse für den Aufnahmetest für das Medizinstudium belaufen sich auf 3 - 4000 €), der kann bestehende Bildungslücken füllen und Bildungskarrieren wahrnehmen, die anderen haben einfach Pech gehabt.

Was kommt nach Corona – Rückkehr zum status quo ante?

Durchtauchen, Corona überleben udgl. gilt als die Devise des Augenblicks. Eine Rückkehr zum Zustand ante coronam und somit zur „Normalität“ erscheint den meisten Bildungspolitikern das primäre und wünschenswerte Ziel. Man kann getrost davon ausgehen, dass die „Normalität“ eine andere sein wird. Je länger die Pandemie andauert, desto offensichtlicher wird, dass sie eine gesamtgesellschaftliche Dimension erreicht hat. Corona hat gewaltige Zerstörungen angerichtet. Diese Pandemie hat Fehlentwicklungen, Mängel, Missstände in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen – Ökonomie, Ökologie, Bildungs-, Gesundheitswesen, etc. – in einer Dimension offenbart, dass eher von einer menscheitsbedrohenden Krise zu sprechen ist. Nach der Pandemie (wann immer das letztlich sein wird) geht es um Trümmerarbeit: Im Bildungswesen muss die Hauptsorge den monatelang aus- bzw. eingesperrten Jugendlichen gelten. Sie waren abgeschnitten von physischen Sozialkontakten, Kinos, Theater, Konzertveranstaltungen, Museen, Sportstätten, ... , als Alternativen blieben ihnen elektronische Medien, soziale Netzwerke mit allen ihren negativen Folgen. Sie müssen erst in den Lern-/Lehrbetrieb „zurückgeholt“ werden.

Das Bildungswesen war schon vor Corona ungerecht, fehlerhaft, es hält ein hohes Maß an Chancenungleichheit seit Jahrzehnten stabil, in zahlreichen Studien ist nachgewiesen, dass in Österreich Bildung und Sozialstatus quasi vererbt werden. Die Entscheidung über Bildungswege der Kinder und Jugendlichen erfolgt viel zu früh. An der Institution des Gymnasiums darf nicht gerüttelt werden, obwohl schon längst klar geworden ist, dass es seine wichtigste Funktion, nämlich die Vorbereitung auf ein Universitätsstudium, immer weniger erfüllt. Ein

Problem ist, dass Bildungswesen und die Bildungspolitik stark mittelschichtorientiert sind und Voraussetzungen als selbstverständlich angenommen werden, die ein erheblicher Teil der einkommensschwachen Familien nicht erbringen kann. Immer wieder werden bei Abgängern von Schulen (Hochschulen nicht ausgenommen) erhebliche Wissensdefizite, mangelnde Sprachfertigkeiten (auch in der deutschen Muttersprache!), schwach ausgeprägte Reflexionsfähigkeit, Mängel in der Persönlichkeitsbildung, sozialen Kompetenz usw. festgestellt. Lehrziele wurden schon „ante Coronam“ vielfach nicht erreicht: Am Ende der Pflichtschule können ca. 1/5 der Jugendlichen nicht sinngemäß lesen, weisen enorme Lücken in der Beherrschung der Grundrechnungsarten auf, ... Studienberechtigte zeigen (trotz standardisierter und zentralisierter Matura) schwer vorstellbare Defizite in Allgemeinbildung, Geschichte, Geographie, Literatur, in der deutschen Grammatik (d...h. für Philologen studienrelevante Bereiche), in der Beherrschung der Sprache, im sinnerfassenden Lesen usw. Dazu kommt noch, dass das mittelschichts-, monolingual und monokulturell orientierte Bildungswesen dort scheitert, wo die Zielgruppen diesen Vorgaben nicht entsprechen. Kinder aus Unterschicht- und Zuwandererfamilien erhalten pädagogisch nicht das, was sie brauchen, vielmehr werden bei ihnen Verluste in Kauf genommen. Es muss den Verantwortlichen für Bildungs- und Integrationspolitik ins Stammbuch geschrieben werden: Ca die Hälfte der Schulpflichtigen in Wien hat entweder selbst oder ihre Eltern Migrationsgeschichte, sind zwei- /mehrsprachig, haben nicht Deutsch als Muttersprache, viele leben in prekären Lebensverhältnissen, haben verschiedene Defizite aufzuholen, sind in ihrer zu erbringenden Integrationsleistung oft alleine auf sich gestellt. Aber andererseits gehören gar nicht so wenige von ihnen zu den Klassen- / Schulbesten mit glänzenden Karriereaussichten. Die Bildungs- und Integrationspolitik hat für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen, etc. Herkunft Verantwortung zu tragen und dafür zu sorgen, dass diese jungen Menschen sich hier optimal entwickeln und die Zukunft aktiv mitgestalten können. Denn diese Heranwachsenden sind unsere nächste Generation – eine andere haben wir nicht. Diese offensichtliche Trivialität müsste einmal begriffen und akzeptiert werden. Unter den gegebenen Verhältnissen muss also davon ausgegangen werden, dass Corona die vorhandene Bildungsschere noch weiter geöffnet und die sozioökonomisch schwächsten Teile der Gesellschaft noch stärker getroffen hat.

Im Jänner 2021, kurz vor dem Semesterschluss drängt sich die Frage auf, wie die Benotungen der Semesterleistungen vorgenommen werden sollen. Der Präsenzunterricht deckte nicht einmal die Hälfte des Unterrichts ab, es wurden kaum Prüfungsarbeiten geschrieben, auf jeden Fall zu wenige, um ein einigermaßen zuverlässiges Bild über die Lernleistung zu liefern. Schön langsam wird es auch eng für die Matura 2021, die vorgegebenen Lernziele zu erreichen wird immer mehr zur Illusion und zu einer schwierigen Entscheidungsfrage: Festhalten am Zentralmaturatermin um den Preis von „Leistungsrabatten“ (mit allen möglichen Folgen betreffend weiterführende Ausbildung, Studium etc.), Verschiebung des Termins (um wie viele Wochen, Monate?), ...? Die Matura ausfallen zu lassen und nur die Jahrgangsnoten zu bewerten ist auch problematisch, weil das letzte Schuljahr kaum real stattgefunden hat. Oder doch Jahrgangswiederholung (mit inhaltlicher Differenzierung)? Seitens der Schulbehörden bis hinauf zum Ministerium gibt es keine orientierungsfähigen Meinungsäußerungen.

Wie umgehen mit der Digitalisierung?

In den letzten Jahrzehnten rückten im Bildungswesen Verfahren, methodische, didaktische, technologische Aspekte des Unterrichtens und Lernens immer stärker in den Mittelpunkt der Diskussion, wogegen der Aspekt der Lehrinhalte zum bloßen „Content“ der eingesetzten Technologien degradiert(e). Auf diesem Boden und insbesondere in Zeiten einer Pandemie werden Stimmen laut, die in der Technologie die Lösung der anstehenden pädagogischen Probleme sehen und die meist in der Forderung enden: Endlich das Bildungssystem zu digita-

lisieren.¹³ Eine derartige Forderung spricht der IT-Industrie aus der Seele, aber sie löst in Wirklichkeit kaum ein Problem, nicht das der sich stets weiter öffnenden Bildungsschere, sie trägt nichts zur Lösung der Problematik des hohen Anteils Pflichtschulabsolventen, die die Grundkulturtechniken (Lesen Schreiben Rechnen bestenfalls rudimentär beherrschen) bei, sie ist auch keine Antwort z.B. auf integrationspädagogische Aufgaben, sie ist keine Antwort auf das wachsende Problem mangelnd ausgebildeter Feinmotorik bei Schulanfängern usw. (da kann im Gegenteil die Digitalisierung das Problem sogar noch verschärfen). Digitalisierung ist auch keine Lösung für die vorhandenen Sprachprobleme von Kindern nichtdeutscher Muttersprache udgl. Jetzt in der Pandemie hilft digitale Technik als Notnagel den Unterricht im DL-/ HS-Modus auf Sparflamme aufrecht zu erhalten, das gelingt auch nur dann, wenn Schulen und Familien über die notwendige technische Ausstattung verfügen, Lehrende wie Lernende entsprechend vorbereitet, geschult sind, es darüber hinaus eine umfassende professionelle Betreuung gibt, damit die neuen Technologien von allen Beteiligten auch sinnvoll genutzt werden können. Aber wie man es auch dreht, die Grenzen der Technik sind klar sichtbar: Weder PC noch Internet können hinreichend Bildungs- und Erziehungsaufgaben oder gar Persönlichkeitsbildung übernehmen. Soziale Kompetenz (Interesse, Neugier, Lust am Neuen / Lernen, Rücksicht, Verantwortung, Zuverlässigkeit, Frustrationstoleranz, Empathie, Solidarität, Geduld, Mündigkeit, Selbstbewusstsein, ...) muss und kann nur im sozialen Kontext und nicht im virtuellen Raum erlernt und erfahren werden. „Der Mensch ist ein soziales Wesen – nichts kann die lebendige Begegnung von Lehrern und Schülern ersetzen [...]. Sicher ist: Als Grundmodell ist die digitale Schule ungeeignet, zielt sie doch auf das ab, was in Zeiten der Coronakrise gezwungenermaßen zur Anwendung kommt: auf eine Auflösung des Klassenverbands sowie der vitalen Lehrer-Schüler-Beziehung. Gleichzeitig kommt es zu einer überzogenen, nicht altersgerechten Individualisierung des Lernens. Dem Lehrer wird im wahrsten Sinne des Wortes ‚das Heft aus der Hand genommen‘. Er wird zum fernen Lernbegleiter oder zum reinen Aufgabenlieferanten degradiert, denn die eigentlichen Lernbegleiter sind derzeit die Eltern, wenn sie das überhaupt leisten können.“¹⁴ Der Einsatz digitaler Medien kann, muss aber nicht eine Bereicherung des Lern-/Lehrprozesses sein. Es bleibt eine Abwägungssache der Unterrichtenden über digitale Hilfsmittel (wie auch über die Wahl der Methoden) zu entscheiden. Digitaler Unterrichtsmodus als Ersatz für den Präsenzunterricht bedingt eine inhaltliche Engführung und Normierung, eine Reduzierung auf formalisierte Fragestellungen. Standardisierung und Digitalisierung eignen sich gut für die Normierung von Lernzielen, Verfahren etc. und vor allem für bessere und umfassendere Kontrolle. Digitalisierte Unterrichtsformen fördern regelkonformes (Prüfungs-)Verhalten (vgl. teaching to the test bzw. die Prüfungsformate). Kinder und Jugendliche sollen aber lernen eigene Grenzen auszuloten, das können sie nicht, wenn sie sich vorwiegend in binär (richtig/falsch) regulierten Lernräumen bewegen (müssen). Sie sollen Selbstwirksamkeit, Selbsterkenntnis erlernen, sie sollen mit Risiken umgehen lernen, dazu benötigen sie Freiräume für Experimente, Selbsterfahrung und nicht (algorithmisierte oder formalisierte) Zurichtung auf reglementierte Handlungsanweisungen. Strikte Risikovermeidung – so gut sie gemeint sein kann – bewirkt letztlich Verhinderung eigener Erfahrung und Entwicklung der Eigenverantwortung und vor allem Einschränkung der Entwicklung der Kreativität. Jugendliche aber auch Studierende sollen Problembewusstsein entwickeln, zum kritischen Nachfragen, Nachdenken angeregt werden. Ihr Interesse ist zu fördern und einzufordern. Wer meint, den Präsenzunterricht gänzlich durch Online-Unterricht ersetzen zu wollen / können, überschätzt die Möglichkeiten digitalen Lehrens / Lernens und ignoriert die Kollateralschäden, wie Ablenkung, Zerstreuung, Oberflächlichkeit, Verengung auf standardisiertes, normiertes Denken, die (selektive) Konzentration auf fertige, simple

¹³ Nikolaus Forgó: Das Bildungssystem digitalisieren! In: Standard 22.4.2020

¹⁴ Bündnis für humane Bildung: <http://www.aufwach-s-en.de/2020/04/analoge-schule-ist-unverzichtbar/>
(Text hier im Anhang)

(zweifelsfreie, unhinterfragbare) Lösungen und Fakten udgl. Davon unbenommen bleibt da noch die (nicht selten kleingeredete) Frage der Datensicherheit. Die hier formulierten kritischen Fragen und die Abwehr gegen zu vorschnelle Euphorien ist keineswegs einer Modernisierungsverweigerung geschuldet, sondern von der Erfahrung getragen, dass viele technische Revolutionen in der Vergangenheit in der Pädagogik nicht gehalten haben, was versprochen bzw. erwartet wurde. Daher sind analoge Schule und analoger Präsenzunterricht unverzichtbar und durch keine Technologie auf Dauer ersetzbar (siehe hier Anhang).

Wohin „post coronam“? Mögliche Wegmarken

Wiederaufnahme der Debatte um den Bildungsbegriff

Vordringlich sind der herrschende Bildungsbegriff sowie das Bildungsleitbild grundlegend zu überdenken. „Bildung ist nicht das, was in Büchern steht, was man von der ersten bis zur siebten Stunde aufnehmen, sich einprägen und dann wiederkauen kann. Im Zeitalter künstlicher Intelligenz ist es entscheidend, dass wir uns vergewissern, was die Bildung des Menschen tatsächlich ist und was ihn somit von der Maschine unterscheidet. Bildung ist alles, was Menschen je erleben und unternehmen. Sie findet immer statt. Von früh bis spät. Lebenslang. Sie ist nicht begrenzt auf Kindheit und Jugend oder auf Schule und Co. Sie ist allumfassend und betrifft den gesamten Menschen in seinem Wesen und Tun. Sie ist jedes Tätigsein und Interagieren von uns Menschen, in dem wir lebendig wirksam werden. Immer wenn wir nicht Dienst nach Vorschrift ableisten, sondern selbst gestalten und uns mit Inhalt erfüllen, bilden wir uns. Jeder Mensch, dem wir begegnen, ist unser Lehrer und Mitschüler.“²¹ Nach Lembke²² geht es um einen „Bildungsbegriff, der mehr meint als nur das Vermitteln von Wissen oder ‚Kompetenzen‘ und der die Persönlichkeitsentwicklung in den Mittelpunkt stellt. Bildung heißt mehr als Programmierkurse, in die man Grundschüler steckt, weil Deutschland künftig angeblich nur noch Roboter bauen wird. Denn eine Gesellschaft braucht nicht nur Techniker und Sachbearbeiter mit Tunnelblick. Sie braucht auch Menschen, die andere Sprachen sprechen; sie braucht Menschen mit sozialen Fähigkeiten (etwa in der Pflege und Lehre); sie braucht Menschen, die sich mit Moral und Werten beschäftigen, und vieles mehr. Damit solche Menschen sich entwickeln und ihre Anlagen entfalten können, sollte Bildung möglichst lange möglichst offen und breit angelegt sein, anstatt Kinder schon früh stromlinienförmig auf ein volks- oder betriebswirtschaftliches Ziel hin auszurichten und alle anderen Talente zu ignorieren. Und sie sollte möglichst lange allen offenstehen, statt nach der vierten Klasse zu sortieren, wem Karrierechancen eingeräumt werden (Abiturienten) und wem nicht (dem Rest).“ Gefragt ist eine Bildungspolitik, die auf Empathie, Solidarität, Engagement, höchstem Verantwortungsbewusstsein auf allen Ebenen baut. Daneben ist nach den Zielen zu fragen, also in dem Sinne, was die Gesellschaft von Schulabgängern erwarten kann. G. Lembke hat die Frage konkretisiert, was sich Unidozenten, Arbeitgeber und Gesellschaft von Abiturienten wünschen und hat einige Forderungen zusammen getragen²³, die eigentlich ein entwickeltes Bildungswesen zu leisten im Stande sein sollte:

- „Alle Schüler sollten die Grundfertigkeiten im Rechnen (inklusive Dreisatz und Prozentrechnung), in Deutsch (Orthografie, fehlerlose Grammatik, sprachlicher Ausdruck) und in Englisch (einfache Texte verstehen, ein einfaches Gespräch führen) sicher beherrschen.

21 Gerald Hüther / Marcell Heinrich, Mitch Senf: #Education For Future. Bildung für ein gelingendes Leben. München 2020, S. 304

22 Gerald Lembke: Verzockte Zukunft. Wie wir das Potenzial der jungen Generation verspielen. Weinheim 2019, S. 95

23 Gerald Lembke: Verzockte Zukunft. Wie wir das Potenzial der jungen Generation verspielen. Weinheim 2019, S. 93-4

- Sie sollten in der Lage sein, sich mindestens 90 Minuten am Stück auf ein schulisches bzw. fachliches Thema zu konzentrieren. (Computerspiele zählen nicht dazu.)
- Sie sollten gelernt haben, sich in angemessener Zeit einen Wissensstoff anzueignen.
- Sie sollten eine erlernte Methode auf ein anderes Thema anwenden und selbstständig Alternativen zu vorgegebenen Problemlösungen entwickeln und denken können.
- Sie sollten analytisches, interpretierendes, kritisches Denken gelernt haben, also nicht alles als gegeben und unveränderlich hinnehmen.
- Sie sollten die wichtigsten sozialen und emotionalen Fähigkeiten entwickelt haben, wie Empathie, Frustrationstoleranz, Kritik- und Konfliktfähigkeit sowie Selbstvertrauen.
- Sie sollten sich selbst regulieren und ihre Emotionen kontrollieren können, also etwa eine Entspannungstechnik bei akutem Stress kennen.
- Sie sollten eine grundsätzliche Neugier auf Neues und Lust auf die Erweiterung ihres Wissens und ihres Horizonts haben.
- Sie sollten etwas über das reale Leben wissen. Zum Beispiel wie unsere Demokratie und unser Sozialsystem funktionieren, wie man eine Steuererklärung macht, welches die wichtigsten Versicherungen sind, wie man einige einfache Gerichte kocht, sein Geld im Monatsrhythmus einteilt, einfache Reparaturen im Haushalt vornimmt, eine Exceltabelle erstellt, wie ein normaler Acht-Stunden-Tag in einem Betrieb abläuft und so weiter.
- Sie sollten unterscheiden können zwischen der realen und der virtuellen Welt, die Risiken der digitalen Medien kennen und kompetent damit umgehen können.“

Lembkes Liste ist, wie er selbst einräumt, durchaus erweiterungsfähig, sie deutet aber an, in welche Richtung gedacht werden könnte / sollte. Das Schulwesen produziert Mängel in den Grundkompetenzen, aber auch in den Naturwissenschaften, dies und die Geringschätzung der musischen Fächer durch die Bildungspolitik – alles Faktoren, die schon seit Jahrzehnten bekannt sind (vgl. u.a. die Bildungsberichte des BIFIE) und nicht ohne Auswirkungen bleiben können, sie schlagen sich im abnehmenden Interesse für naturwissenschaftliche, technische und musische Belange nieder und äußern sich in Nachwuchsproblemen in diesen Disziplinen und Berufen.

Auch Berufsbildungsfähigkeit und Studierfähigkeit sind mit dem Erwerb der Abschluss- bzw. Reifezeugnisse immer weniger gewährleistet. Der Notendurchschnitt steigt zwar, aber nicht das effektive Können und Wissen.²⁴ Angesichts dieser bekannten Mängel wird vielfach ein vorgeblich einfacher (und universeller) Ausweg aus der Bildungsproblematik in der Digitalisierung gesehen²⁵. Digitalisierung – verschiedentlich gehypt als Lernen 4.0 – versteht Lernen bzw. Wissenserwerb als eine Form des Spiels, oder auch im Geiste des Skinnerschen Lernmodells als Drill verspricht Vereinfachung und Lernen als Spaßangelegenheit durch formatierte Zugänge zu verschiedenen Wissensgebieten. Gesichtspunkte der Outputorientierung, Standardisierung, Effizienz, der Messbarkeit, der Objektivierungsverfahren werden analog zu Industriestandards diskutiert und gelten als wichtigste Orientierungen für das Bildungswesen der Zukunft. Lernen, Wissenserwerb, Bildung sind jedoch nicht auf Outputstandards zu reduzieren. Um bei den Neuen Medien zu bleiben, dringliche Hauptaufgabe der Medienpädagogik ist die Vermittlung des Verständnisses von Digitalisierung, ihre Bedeutung für die Gesellschaft und den Einfluss auf den gesellschaftlichen Prozess. Kinder und Jugendliche müssen

²⁴ Vgl. H.P. Klein: Abitur und Bachelor für alle – wie ein Land seine Zukunft verspielt. Zu Klampen, 2019

²⁵ Gero Fischer: Der gehypte Charme digitalen Lernens und Lehrens 2018

https://slawistik.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/i_slawistik/Forschung/Fachdidaktik/Forum/65_Der_gehypete_Charme_digitalen_Lernens_und_Lehrens.pdf

die technischen Errungenschaften kennen lernen und sich auch mit negativen Folgen auseinandersetzen, wie Kontrolle menschlichen Verhaltens im Sinne von Profitinteressen, Herstellung von Abhängigkeiten (wie Suchtverhalten etc.), udgl. Jugendliche müssen Medienkritik erlernen um medienmündig zu werden, um Fakten von Fakes unterscheiden zu können, um gegen Obskurantismus, Verschwörungstheorien, Irrationalismen gewappnet zu sein. etc. Um Medienmündigkeit zu erwerben bedarf es keines technologischen (Hard- und Software-)Trainings sondern eines persönlichen Reifungsprozesses und eines gewissen Maßes an Allgemeinbildung. Die Schule ist der Ort, wo die Tür zu sozialen, intellektuellen und musischen Fähigkeiten, zu Persönlichkeitsbildung und Entfaltung, Eigenverantwortung, Neugier, Selbstkompetenz, Zuverlässigkeit u.a. aufgestoßen werden können und sollen. Die Lernenden müssen verstandesmäßig erfassen / durchdringen, was sie lernen (sollen).

Lehren und Lernen nach standardisierten und normierten „Contents“ entlang ebensolcher Unterrichts- und Prüfungsformate ignoriert individuelle Bedürfnisse und kreative Potenziale. Die eigentliche Krux liegt nicht allein in der häufig im öffentlichen Diskurs kritisierten mangelnden technischen Ausstattung der Bildungsinstitutionen, sondern in zahlreichen Versäumnissen nicht technischer Art in der Vergangenheit. Es rächt sich besonders in Krisenzeiten, dass trotz wiederholter Forderungen und Empfehlungen so gut wie kein zusätzliches sozialpädagogisch, psychologisch ausgebildetes Personal, das die Lehrkräfte unterstützen könnte, eingestellt, dass an einer ausreichenden Zahl von Schulärzten gespart wurde, dass zu viele Kinder und Jugendliche in zu kleinen Schulräumen sitzen, dass sich das gesamte pädagogische Personal in den Lehrerzimmern buchstäblich auf die Zehen tritt, weil bis heute keine entsprechenden Arbeitsräume vorhergesehen sind. Diese Knauserigkeit behindert in der Pandemie z.B. die Einhaltung von Distanzregeln. Im Sinne der Beibehaltung der aktuellen räumlichen Verhältnisse wird gerne von betriebswirtschaftlicher Seite die berühmte Hattie-Studie bemüht, um zu argumentieren, dass Klassengröße nicht so relevant für die Erreichung der Unterrichtsziele ist. Statistiken lassen solche Interpretationen zu. Aber für die Lehrenden macht die Klassengröße sehr wohl einen erheblichen Unterschied im Arbeitsaufwand, ob 30 oder 20 oder 15 Kinder / Jugendliche zu unterrichten sind (man denke an persönliche Betreuung, Elternkontakte, Korrekturarbeiten, Prüfungen, Administration etc.). Langjährige Forderungen nach Erhöhung der Personalressourcen (insbesondere sozialpädagogisches u.ä. Personal) wurden von der Politik systematisch ignoriert, ebenso wie auch keine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation erfolgt ist. Daher in diesem Bereich: Kein Zurück zur „Normalität“.

Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen

Die gegebene Struktur des Bildungssystems wird den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte und den aktuellen Anforderungen immer weniger gerecht. Das Bildungssystem ist so zu organisieren, dass Maßnahmen zur Verringerung bzw. Schließung der Bildungsschere wirksam werden. Schulen sollen von ihrer Struktur her einen möglichst langen offenen Bildungsprozess ohne Stress und Druck gewährleisten, mit der Möglichkeit, dass die Lernenden sich versuchen bzw. ausprobieren, sich selbst kennen lernen, Entscheidungen treffen und ihre Fähigkeiten entwickeln und selbst die für sie richtigen Bildungswege finden können – natürlich mit Unterstützung der Bildungsinstitution Schule und einer professionellen Pädagogik. Wenn individuelle Förderung kein bloßes PR-Schlagwort sein soll, dann ist eben dieser Anspruch der Entfaltung des intellektuellen und kreativen Potenzials mit der derzeitigen Normierungs-, Standardisierungs- und Zentralisierungsphilosophie, der Output- und Kompetenzorientierung nicht vereinbar und auch nicht einlösbar. Deshalb verlangt auch der Erziehungswissenschaftler St. T. Hopmann die Abkehr von der Standardisierungs- und Zentralisierungsphilosophie (inklusive Abschaffung der Zentralmatura).²⁶

²⁶ St.T. Hopmann: Zurück zur Schule. In: Die Furche, 14.1.2021, S. 9

Die Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten diverser, mehrsprachiger geworden – dies verlangt nach pädagogischem Personal mit Spezialausbildung (in DaF/DaZ, Integrations-/Migrationspädagogik) sowie mehrsprachigen Lehrenden mit Migrationsgeschichte.²⁷ Aktuell finden im Schnitt alle zwei Monate schulpsychologische Sprechstunden statt, derartige Verhältnisse können bei bestem Willen nicht als Betreuung durchgehen. Somit bleibt der allergrößte Teil der außerpädagogischen Arbeit (Kontakte mit den Eltern / Erziehungsberechtigten, Konfliktbereinigung, Betreuung von Kindern und Jugendlichen etc.) ausschließlich dem Lehrpersonal überlassen.

Übergang vom sekundären ins tertiäre Bildungssystem

Die Bildungspolitik hat in den letzten Jahrzehnten insbesondere das Gymnasium in eine schwierige bis ausweglose Situation manövriert: Viele Jugendliche besuchen diese Bildungsinstitution (zumindest in der Unterstufe) ohne für sie günstige Voraussetzungen mitzubringen. Schuld daran ist das Faktum, dass die Kinder und Jugendlichen im Alter von ca 10 Jahren entscheiden müssen, welchen Bildungsweg sie einschlagen sollen (weil das eindeutig zu früh ist, begeben sie sich in die Unterstufe des Gymnasiums in eine Art Warteposition). Die Oberstufe des Gymnasiums soll(te) bestimmungsgemäß mit der Matura für den tertiären Bildungsbereich vorbereiten (Hochschulreife, Studierfähigkeit etc.). Die Realität jedoch ist, dass die Reifeprüfung für immer weniger Studienrichtungen die Studienberechtigung bzw. Zulassung sichert. Faktum ist, dass (z.T. selektive) Aufnahmeverfahren an den Hochschulen für immer mehr Studienrichtungen die Regel werden (überprüft werden die fachliche Vorbildung bzw. die Studierfähigkeit der Studierwilligen, außerdem versuchen damit die Hochschulbürokratien den Andrang zu Massenfächern zu steuern bzw. zu reduzieren). Quantitative Regulierungsmaßnahmen sind auch eine Reaktion auf als zu hoch eingeschätzte Dropoutquoten und Fluktuationen (insbesondere in den ersten Semestern), alles Faktoren, die Finanzierung der Studienrichtungen beeinflussen (finanzielle Zuweisungen an Studienrichtungen werden abhängig von den Absolventenzahlen bzw. Relation Anfänger / Absolventen u.ä.).

Aufnahmeprüfungen lösen das Problem nur teilweise: Wo die Nachfrage die Zahl der Studienplätze um ein Vielfaches übersteigt, da sind faire und ausgewogene Aufnahmeverfahren kaum realistisch (möglicherweise wären sogar Losentscheidungen kaum weniger treffsicher aber wesentlich billiger). Außerdem bleibt die Frage offen, wo und wie die fachliche Vorbereitung für die Aufnahmeprüfungen stattfinden soll. In dieses Loch stoßen private Anbieter mit Vorbereitungskursen, in denen speziell die Prüfungsformate (mit allerlei möglichen Fallen und Fangfragen etc.) trainiert und damit die Chancen erhöht werden, die für die Studienzulassung notwendige Mindestpunktzahl zu erringen. Diese z.T. kostenintensiven Kurse öffnen zusätzlich die sozioökonomische Schere. Fairer und letztlich zielführender ist es, wenn die Hochschulen selbst eigene Übergangs- / Vorbereitungssemester (oder Jahre) einführen, in denen die Studierenden für die gewählte Studienrichtung speziell fit gemacht werden (z.B. in den Philologien mit Ergänzungsqualifikationen wie Latinum, Graecum, aber auch Weltliteratur, sprachliche Vorbereitung für neuphilologische Studien etc.). Propädeutika bzw. Vorstudien wurden z.B. in Deutschland für verschiedene Studienrichtungen eingerichtet.²⁸

Studienarchitektur

Nicht nur Studienberechtigung, Studienzulassung, der Übergang zum tertiären Bildungsabschnitt sind neu zu regeln, sondern auch die herrschende Studienarchitektur selbst, wie Lembke seine Kritik pointiert formuliert: „Bologna hat das Studium zur bildungsfreien Mas-

²⁷ vgl. Gero Fischer: Migranten, Zwei- / Mehrsprachigkeit und die Bildungspolitik (pdf, 2013)

<https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

²⁸ vgl. H.P. Klein: Vom Streifenhörnchen zum Nadelstreifen. – Das deutsche Bildungswesen im Kompetenztaumel. Zu Klampen 2016

senveranstaltung umgekrempelt. Die effiziente Nutzung der Studienzeit steht an erster Stelle³⁰. Kritik und Zweifel an der Bologna-Architektur sind vielfältig und auch empirisch gut belegbar.³¹ Die Bologna-Architektur der Studienorganisation muss sich u.a. mit dem Vorwurf der Qualitätsminderung durch Ökonomisierung und Outputorientierung, Verbetriebswirtschaftlichung von Studium und Universität auseinandersetzen. Viele Bologna-Ziele wurden gegenüber den alten Studienordnungen (Diplomstudium) nicht erreicht, Reparaturen sind einfach unausweichlich u.zw. in dem Sinne, dass statt Input-Outputrelationen das Erkenntnisinteresse der Studierwilligen in den Fokus gerückt wird, dass Studienpläne installiert werden, nach denen auch vernünftig studiert werden kann, die Flexibilität erlauben, dass (wie beim alten“ Diplomstudium) wieder mehr individuelle Pfade durch das Studium statt Abarbeiten vorgegebener unflexibler Muster (wie das Auffüllen des Prüfungspasses mit den entsprechenden ECTS-Punkten) ermöglicht werden.

Rahmenbedingungen

Die Hochschulen müssen in entsprechende Rahmenbedingungen eingebettet, um ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen zu können. Dazu muss definitiv mit der Tradition der jahrzehntelangen Unterdotierung des tertiären Sektors gebrochen werden: Unumgänglich sind ausreichende Finanzierung, personelle, räumliche und materielle Ressourcen für Lehre, Forschung und für die gesamte Infrastruktur (Bibliotheken, Labors etc.) bereit zu stellen. Es ist auch die Praxis der Drittmittelinwerbung zu hinterfragen, sie bindet Arbeitszeit der Antragsteller und ob die Interessenslage der Geldgeber wirklich immer neutral / uneigennützig ist, muss nicht gegeben sein. Sicherlich können Drittmittel bestimmte Forschungsvorhaben, Spezialisierungen erleichtern bzw. überhaupt erst ermöglichen, Ausbau und Infrastruktur eines Institutes bzw. einer Forschungsrichtung verbessern, etc. Andererseits können Drittmittel durch eine gewisse Abhängigkeit seitens der Geldgeber erkaufte sein, wodurch die Freiheit von Forschung und Lehre auf dem Spiel steht. Abwägungen sind schwierig, grundsätzlich sollte die wissenschaftliche Forschung und ihre Institutionen so ausreichend staatlich dotiert sein, dass Drittmittel nicht zur Regel werden müssen, um den Forschungs- und Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten. Dass die Fähigkeit erfolgreicher Drittmittelinwerbung bei Berufungen wesentliches (und nicht selten entscheidendes) Kriterium geworden ist, wird immer wieder kritisiert. Nicht selten geht die überaus zeitraubende Drittmittelinwerbung zu Lasten des Engagements für die Lehre.

Hebung der Qualität der Ausbildung

Wie im Sekundarschulbereich ist auch an den Hochschulen eine fatale Tendenz zu beobachten: Wir konstatieren wachsende Absolventenzahlen (größerer Output) mit steigendem Notendurchschnitt bei einem Absinken der Leistungen³². Es kann kein Trost sein, wenn diese Entwicklung auch in anderen Ländern zu festzustellen ist. Das Niveau der Ausbildung, der Abschlüsse, der Anforderungen (aber auch der Habilitationen und Berufungen) muss angehoben werden. Insbesondere ist die Vorbereitung auf das Studium qualitativ zu anzuheben.³³

³⁰ Gerald Lembke: Verzockte Zukunft. Wie wir das Potenzial der jungen Generation verspielen. Weinheim, 2019, S. 130

³¹ Gero Fischer: Willkommen in Bologna (pdf, 2009)

Nach dem Bologna-Crash: Aufräumarbeiten und Wiederaufbau (pdf, 2010)

In: <https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

Hans Peter Klein: Abitur und Bachelor für alle – wie ein Land seine Zukunft verspielt. zu Klampen, 2019, insbes. S. 127 ff.

P. Kellermann, H. Guggenberger, K. Weber (Hg.): Universität nach Bologna? Hochschulkonzeptionen zwischen Kritik und Utopie. Wien 2016

³² H.P.Klein: Abitur und Bachelor für alle – wie ein Land seine Zukunft verspielt. Zu Klampen 2019

³³ Gero Fischer: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“. Zur Problematik mangelnder

Der Schlüssel zur Qualitätssteigerung der akademischen Lehre sind entsprechende Betreuungsverhältnisse – eine Grundbedingung, damit überhaupt akademische Lehre (und Forschung) auf erforderlichem Niveau möglich wird. LV mit prüfungsimmanentem Charakter (Übungen, Seminare, Praktika, etc.) sollten nicht von mehr als 25 Personen besucht werden. Große Vorlesungen sollten von Tutorien in kleineren Gruppen (ebenfalls bis max. 25 Personen) begleitet werden.

Der Wildwuchs der Studienangebote (über 16 000 Studiengänge in Deutschland³⁴, 3600 in Österreich³⁵) ist zu durchforsten, auf jeden Fall sind aber inhaltliche Unterschiede, Überschneidungen von Studien(richtungen) transparent zu machen, ggfls. sind Zusammenlegungen zu erwägen.

Ein weiteres Problem sind auch (Uni-)Abschlüsse mit unterschiedlichen Anforderungen aber identischer Bezeichnung, so gibt es MA-Studienabschlüsse mit 120, 90 bzw. 60 ECTS, diese Abschlüsse können nicht alle gleichwertig sein.

Zu überdenken ist auch die nahezu beliebige Kombinierbarkeit von unterschiedlichen Studien(abschlüssen) nach einer Art Baukastensystem für weitere Abschlüsse (bis zum Doktorat), oft ohne dass besondere Voraussetzungen abgefragt werden. Vieles läuft unter dem Schlagwort der Interdisziplinarität. Diese darf aber kein Freibrief für Beliebigkeit („Disziplinlosigkeit“) sein. Interdisziplinäre Studien / Kombinationen müssen klaren Anforderungsprofilen und den wissenschaftlichen Ansprüchen der beteiligten Disziplinen genügen.

Qualität der Abschlussarbeiten und Abschlussprüfungen

Der Trend zu dreisten Plagiaten nimmt zu, bei denen versucht wird, eigene Mängel mit unläuterer Methoden zu kaschieren. Bei diesen Arbeiten treten oft erschreckende Ahnungslosigkeit hinsichtlich des Forschungs(gegen)standes, mangelndes Problembewusstsein zu Tage ebenso wie Nichtbeherrschung der Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens, der Hypothesenbildung, Unbedarftheit in der jeweiligen Fachsprache, mangelhafte Durchführung, etc. FHs sind von dieser Problematik häufiger betroffen als Unis, ersteren fehlt es häufig an einer entsprechenden Zahl qualifizierter (d.h. habilitierter) Lehrender. Außerdem sind FHs nicht primär als wissenschaftliche Institutionen konzipiert und verfolgen in der Regel wirtschaftsaffine Ziele, die gesetzliche Auflage wissenschaftlicher Ausbildungsziele (in Form von BA-, MA-Arbeiten) überfordert sie inhaltlich, methodologisch und hinsichtlich entsprechend qualifizierten Personals. Auch lässt die Vorbereitung für das wissenschaftliche Arbeiten zu wünschen übrig.

An den Universitäten ist die schlechte Betreuungsrelation die Hauptursache für unentdeckte Plagiate und schlecht durchgeführte Abschlussarbeiten. Es sind nicht wenige Fälle, wo 50 und mehr MA-Arbeiten von einer Person betreut bzw. begutachtet werden müssen – das kann nur auf Kosten der Qualität gehen. Miserable Abschlussarbeiten gehen oft auch auf das Konto mangelnden Interesses an Lehre, Betreuung etc. Nicht selten wird das Prinzip der Delegation „von oben nach unten“ praktiziert. Profs, die ihre Energie eher ihrer eigenen Karriere widmen und Lehre wie Betreuung als hinderliche und lästige Verpflichtungen abschütteln wollen und an ihre Untergebenen weiterreichen, denen es an Erfahrung, Souveränität, Sicherheit in Fach etc. fehlt und die selbst unter Zeitdruck stehen, weil sie neben den nicht wenigen Dienst-

Sprachfähigkeit Studierender deutscher Muttersprache (pdf, 2017)

In: [https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/Philologische Kompetenzen und Studierfähigkeit. Und ob die neue Zentralmatura etwas daran ändern wird.](https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/Philologische_Kompetenzen_und_Studierfaehigkeit_Und_ob_die_neue_Zentralmatura_etwas_daran_aendern_wird.pdf) (pdf, 2012)

Abwärtstrends von akademischen Anforderungs- und Leistungsprofilen (mit besonderer Berücksichtigung philologischer Studienrichtungen. (pdf, 2020)

In: <https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

³⁴ <https://www.studycheck.de/studium>

³⁵ <https://www.studieren.at/studien/>

pflichten sich weiter qualifizieren müssen (Stichwort Dissertation, Habilitation, Dienstvertragsverlängerung udgl.).

Der Studienabschluss hat sich in der Praxis durch die vergangenen Reformen auf die schriftliche Abschlussarbeit und eine Defensio d.h. Prüfungsgespräch über diese Arbeit verengt. Eine Besonderheit ist, dass das BA-Studium ohne Defensio und ohne Abschlussprüfung auskommt.

Prüfungen, in denen die Fachkenntnis (wenigstens eines größeren Teilbereiches) nachgewiesen wird, sind aus den Curricula verschwunden. Leselisten – früher ein Pflichtbestandteil – werden nicht mehr in allen Studienrichtungen verlangt. So kommt es gar nicht selten vor, dass BA-Absolventen z.B. von der russischen Literaturgeschichte nur eine sehr blasse Ahnung und die wichtigsten Meisterwerke der russischen Literatur nicht einmal in Übersetzungen gelesen haben, von einer Einordnung in die europäische Literatur o.ä. ganz zu schweigen. Rigorosen, MA-Prüfungen haben meistens den Charakter einer Defensio, d.h. das abschließende Prüfungsgespräch drehen sich fachlich eng um die Abschlussarbeit und haben oft einen formalen, rituellen Charakter (wohlwollendes Durchwinken kommt auch vor, durchaus).

Lehramtsstudien

Die Vereinheitlichung der Ausbildung für alle pädagogischen Berufe (d.h. von der Kindergartenpädagogik an unter einem universitären Dach) ist zwar angesagt, aber nur oberflächlich umgesetzt. Die Elementarpädagogik muss endlich professionalisiert und auf akademisches Niveau gehoben werden, wozu es noch keinen politischen Konsens gibt. Die Aufteilung der Lehramtsausbildung für den Sekundarschulbereich auf PFH und Universität in inhaltlicher und organisatorischer Sicht nicht leicht nachzuvollziehen. In den Lehramtsstudien muss die fachliche Ausbildung wieder gestärkt werden. Die gesamte Lehrerfortbildung wäre zu tertialisieren (nach dem Prinzip: Aus- und Weiterbildung in einer Hand).

Insbesondere für neuphilologische Lehramtsstudien wären Pflichtauslandssemester (in einem Land der Zielsprache) im Curriculum zu verankern.

Die Lehramtsstudien müssen Phänomene der Diversität, der Mehrsprachigkeit, wesentliche Aspekte der Migrations- / Integrationspädagogik thematisieren. Die Orientierung auf monokulturelle, monolinguale, monoethnische Grundgegebenheiten muss überwunden werden.³⁸

Aktuell kommt während der Pandemie insbesondere die Sprachausbildung stark unter die Räder (kaum Präsenzunterricht, Sprachvermittlung ausschließlich über digitale Medien ist ein Desaster), formale Abschlüsse werden aber trotzdem erreicht (d.h. Abschlusszeugnisse müssen aus systemerhaltenden Gründen vergeben werden) – allerdings auf real niedrigerem Niveau, mit verheerenden Folgen für die Berufspraxis, wenn nicht diese Defizite durch Auslandsaufenthalte, professionelle Fortbildung, entsprechende Förderprogramme etc. aufgearbeitet bzw. kompensiert werden – wonach es derzeit nicht aussieht.

Studienbedingungen und Studentenbashing

Die aktuelle von der Regierung losgetretene Debatte (eigentlich eine geplante Studienreform) um Dropoutquoten, „Geisterstudenten“, „Bummelstudenten“ etc. setzt an einem (chronischen) Oberflächenphänomen an ohne den sozioökonomischen Grund der Studierenden zu berücksichtigen. Die geplanten Maßnahmen zur Senkung der Dropoutquoten bzw. zur größeren Verbindlichmachung des Studienvorhabens (sinngemäß das Ministerium) werden an den Verhältnissen wie an den Ursachen nichts ändern (geplant ist die Verpflichtung in den ersten vier Semestern 24 ECTS zu absolvieren, ansonsten Exmatrikulation). Mit administrativen Mitteln sollen die „wenig prüfungsaktiven“ Studierenden auf einfache bürokratische Weise aus der Evidenz verschwinden, wodurch erreicht wird, dass die Zahl der Dropouts sinkt, was bei in-

³⁸ Gero Fischer: Migrantinnen, Zwei- / Mehrsprachigkeit und die Bildungspolitik (pdf, 2013)

In: <https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

ternationalen Vergleichen (Rankings) das Bild der heimischen Hochschulen in einem günstigeren Licht erscheinen lässt. Es handelt sich also um eine Aktion, die eher an PR orientiert ist und auch im Boulevard gut ankommen wird, als dass positive hochschulpolitische Akzente gesetzt werden. Damit wird nicht die Verbesserung der Studienbedingungen, der Betreuungsverhältnisse erreicht, daher ist die Ablehnung unter Studierenden wie Lehrenden ist sehr hoch.³⁹ Klar, es gibt das Problem hoher Dropout-Quoten, hoher Zahlen von sog. No-Shows, etc. Was wir brauchen sind seriöse Studien, die Studienbedingungen und Lebensumstände der Studierenden analysieren. Die Tatsache, dass viele Studierende in den ersten Semestern zu wenige bis gar keine Prüfungen ablegen, ist eine Angelegenheit mangelnder persönlicher Reife und Eigenverantwortlichkeit sowie schlechter Vorbereitung auf ein Hochschulstudium. Dieses Manko lässt sich jedoch nicht mit bürokratisch-administrativen Maßnahmen beheben. Auf jeden Fall müsste auch in der Analyse zum Studierverhalten die soziale Situation der Mehrheit der Studierenden stärker berücksichtigt werden. Mittlerweile sind 65% der Studierenden erwerbstätig⁴⁰. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass das Studium für viele quasi „nebenbei“ mitlaufen muss. Man macht es sich leicht, wenn man den Studierenden „Faulheit“, endloses „Partyfeiern“, mangelndes Interesse am Studium unterstellt. Zweifellos spielt auch fehlende Reife eine wichtige Rolle. Wenn letzteres als Faktor zutrifft, dann muss man sich die Frage stellen, was das „Reife“-Zeugnis noch bedeutet. Hier wäre anzusetzen, bevor der bürokratische (sich paternalistisch gebende) Disziplinierungshammer kommt.

Nebenbei: No shows, Studierende, die keine LV besuchen, nehmen niemandem einen Platz weg, sie sind bestenfalls ein bürokratischer Faktor. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sie nach einem Jahr oder später auf den „Geschmack“ kommen und ernsthaft und zielstrebig ein Studium beginnen und absolvieren. Das würde durch die geplante Reform definitiv vereitelt.

Die psychosoziale Situation der Studierenden aber auch des wissenschaftlichen Nachwuchses hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert, was mit der Steigerung des Leistungsdrucks zusammenhängt (Stress resultierend aus den sozioökonomischen Umständen, der Studienarchitektur – einige Studien sind kaum studierbar, erwähnt sei folgende Absurdität: Es muss zu einigen stark besuchten LV der Zugang buchstäblich im Pokermodus erspekuliert werden, indem auf eine gewünschte Lehrveranstaltung eine bestimmte Zahl von Punkten gesetzt wird in der Hoffnung, dass dieser Einsatz auch „zieht“, – das vielleicht als eine Art Beitrag zum Überlebenstraining im Neoliberalismus?). Fazit: Mehr als die Hälfte der Studierenden klagt in zunehmendem Maß über psychischen Stress, psychosomatische Beschwerden, Depressionen, Burnout udgl.⁴¹

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Das herrschende Dienstrecht behindert klare Karrieremuster, karriereschädliche Kettenvertragsregelungen sowie die Halbierung und sogar Drittelung von ganzen Dienstposten fördern prekäre akademische Lebensformen. Das betrifft auch den Status der Lektorate, Lehrbeauftragten etc. Die Existenz eines (zunehmenden) akademischen Proletariats im Hochschulwesen ist ein Skandal, dem mit allen Mitteln der Kampf angesagt werden muss. Aufzulegen ist ein Programm von großzügig dotierten Doktorats- und Habilitationsstipendien, einzurichten sind Stipendien für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für studentische Forschungsarbeiten udgl.

³⁹ vgl. Mindeststudienleistung: Unmut über Änderungen an Unis (<https://orf.at/stories/3191223/>, 10.12.2020)
Gero Fischer: Bummler, Inaktive, Drop-outs und andere Verursacher ... (pdf, 2012)

In: <https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

⁴⁰ Vgl. Martin Unger: Studierendensozialerhebung 2019

http://www.sozialerhebung.at/images/Praesentationen/Sola19-2020_10_08_Kernbericht.pdf (10.12.20)

⁴¹ Manfred Spitzer: Einsamkeit – die unerkannte Krankheit: schmerzhaft, ansteckend, tödlich. München, 2018, S. 36. f.

Aufwertung der akademischen Lehre im Karriereschema

Der akademischen Lehre ist in der Karrierelaufbahn (insbes. bei Berufungen) ein größerer Stellenwert einzuräumen als bisher. Das Engagement in der Lehre muss auch durch entsprechende materielle Anreize gefördert werden. Der Trend zur Entpersonalisierung des Lehrbetriebes aus Kostengründen ist bedingungslos zu stoppen. Die Budgets für die Lehre müssen erhöht werden, sodass durch Diversifizierung der Lehre ein größeres Lehrangebot mehr Freiräume und Alternativen für die Studierenden entsteht. Auf diese Weise können auch die Betreuungsverhältnisse verbessert und die Qualität der Bildungsabschlüsse gesteigert werden.

Demokratisierung der Bildungsinstitutionen

Zu den Rahmenbedingungen gehört auch der Ausbau der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der Bildungsinstitutionen (Stichwort: Autonomie). Seit einigen Jahrzehnten konstatieren wir an den Hochschulen einen sukzessiven Abbau demokratischer Institutionen und Organisationsformen, der letztlich zu verschärfter Kontrolle und Einschränkung autonomer Entscheidungsfelder – der Institutionen, der Lehrenden sowie der Studierenden führt. Demokratische Lebensformen sind in allen Bildungsinstitutionen auch ein Lehrziel, das muster- und vorbildgebend wirkt. Die Praxis sieht jedoch oftmals anders aus.

Ganz im Schatten der Pandemie versucht nun die Regierung die Hochschulautonomie und die Selbstverwaltung weiter einzuschränken und autoritär an die Kandare zu nehmen, indem der akademische Senat zu einem reinen beratenden Gremium degradiert wird, keinen Einfluss mehr auf Wiederbestellung von Rektoren, Berufungsverfahren, auf Studienpläne haben soll etc. Zerstörung der Autonomie und Entdemokratisierung der Universitäten droht auch durch geplante die Beschränkung der Mitsprache der Universitätsangehörigen. Nach Meinung führender Juristen sind viele dieser Vorhaben rechtswidrig und haben gute Chance vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben zu werden.

Interessant ist festzustellen, dass im Zuge des öffentlichen Epidemiediskurses Hochschulen etwa in der Debatte um Schließung und Öffnung des Unterrichtsbetriebes nach dem Lockdown keine Rolle spielen, ganz im Gegensatz zu Schisport, Gastronomie, Tourismus, etc. – das bildet die (reale) Wertschätzung (im Gegensatz zur rhetorischen des Politikspechs) ab, die dem tertiären Bildungssektor seitens der Regierung bzw. der Politik entgegengebracht wird. Die Frage, ab wann und unter welchen Bedingungen der Präsenzmodus an den Hochschulen (durch Frei- oder Zugangstesten, Impfungen etc. wie derzeit für Schulen, Kultureinrichtungen, Restaurants usw. in Diskussion) wieder möglich sein wird, ist offen (so wie sich die Dinge entwickeln voraussichtlich WS 2021/22).

Schlussbemerkungen

Die Situation im 3. Lockdown bis vermutlich in den Februar 2021 wirft letztlich die Frage auf, ob nicht auf Grund der Bildungs- und Lernverluste durch Unterrichtsausfälle, DL / HS das ganze Schuljahr schlussendlich wiederholt bzw. verlängert werden sollte / müsste. Anfang Jänner 2021 tauchte die Idee eines freiwilligen Wiederholungsjahres in den Medien auf.⁵³ Pädagogisch kann das gut argumentiert werden, aber es ist klar, dass derzeit diese Idee gesellschaftspolitisch nicht konsensfähig ist. Empfehlungen des Bildungsministers zur milden Beurteilung bei Semester- und Jahresabschlüssen (sowie bei der Matura) bestätigen letztlich die Befürchtung, dass Abschlusszeugnisse als „Corona“-wertig angesehen werden und speziell die Matura 2021 ein das „Corona-Makel“ anhaftet, konnotiert mit verminderten Anforderungen, geringerem Wert, udgl. Auch in deutschen Medien wird diese Frage diskutiert („Das Corona-Abitur“⁵⁴). Für ein Aufholen der im letzten Jahr aufgelaufenen Defizite ist keine Zeit

⁵³ z.B. Die Presse v. 9.1.2021

⁵⁴ Der Spiegel Nr.5/2021 v. 30.11.2021

mehr. Bei einer Wiederholung des Schuljahres (bzw. Verlängerung der Schulpflicht) könnten neben diversen kognitiven Defiziten insbesondere die Folgen (sozial)psychischer Probleme systematisch aufgearbeitet werden (mit denen die Betroffenen höchstwahrscheinlich alleine gelassen würden) – institutionelle Hilfe vorausgesetzt. „Covid-Abschlüsse“ sind mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Empfehlung bzw. eine gute Voraussetzung für den Arbeitsmarkt oder für weitere Bildungskarrieren. Als Alternative zu Jahrgangswiederholungen wären Propädeutika / Vorbereitungssemester zu diskutieren, die die weiterführenden Bildungsinstitutionen anbieten, u.zw. zielgenau für die angestrebte Spezialisierung, für die gewählte Fach- / Studienrichtung etc. Einfache und billige Lösungen wird es nicht geben, die Möglichkeiten einer weiteren Auslagerung / Delegation an digitale Unterrichtsformen sind ausgereizt, Akzeptanzgrenzen bei Lernenden wie Lehrenden sind erreicht, wenn nicht schon überschritten. Für den Unterrichtsbetrieb an Hochschulen können statt einer Jahrgangswiederholung leichter differenzierte Lösungen gefunden werden. Trotz in Aussicht gestellter Impfungen (und wegen aufgetretener Lieferengpässe) ist mit einem regulären Verlauf des Sommersemesters nicht mehr zu rechnen, an der Universität Wien ist für die Lehre im SS DL-Modus angesagt. Die Entwicklung der Pandemie ist unvorhersehbar, die definitive Rückkehr zum Präsenzunterricht ist realistisch und seriös nicht zu fixieren, mehrere Termine wurden genannt, darunter einer sogar wenige Tage vor Beginn der Semesterferien (im Februar) – kaum logisch nachvollziehbar, die Geduld aller ist ausgereizt. Die meisten Schulpflichtigen haben nicht einmal die Hälfte der vorgesehenen Unterrichtszeit in der Schule verbracht. Lehrziele teilweise in den Ferien oder sonst wie (ja wie sonst?) nachzuholen (in welcher Form – im Präsenz- oder im DL-Modus?) wird immer mehr zur Illusion, je länger der schulische Ausnahmezustand andauert. Alle im Bildungsprozess Beteiligten verdienen Ferien, die Zeit des DL und HS war kein Urlaub, wenn der Aufwand sich Umstände halber nicht adäquat in den Ergebnissen widerspiegelt, so ist aktuell nichts zu machen. Fraglich ist auch, ob in den Ferien Lehrende wie Kinder und Jugendliche überhaupt noch die Energien aufbringen können und wollen verlorenes Terrain gut zu machen. Planbar ist nichts mehr, welche Noten sollen ins Halbjahreszeugnis eingetragen werden, auf welcher Grundlage? Alle Versuche, den Schulbetrieb wieder aufzunehmen (Vollpräsenz, Hybrid, mit Klassenteilungen etc.) wurden bisher durch Schulschließungen unterbrochen, ... Es ist müßig zu hoffen, dass bis Sommer 2021 das vorgesehene Lehrpensum noch geschafft werden kann. Aktuell hat das Bildungsministerium, das Jahrgangswiederholungen strikt ablehnt, je Klasse und Woche zwei Förderstunden zugesagt, um die Lernrückstände zu verringern. Was kann man sich von diesem bescheidenen Angebot wirklich erwarten? Wann die Pandemie so weit besiegt sein wird, dass „normaler“ Unterricht möglich wird, vermag in Wirklichkeit niemand zu sagen. Selbst wenn das gesamte Schuljahr wiederholt werden sollte, wäre bei der aktuellen Pandemieentwicklung und dem Krisenmanagement auch nicht sicher, ob im September regulärer Schulunterricht auch wirklich „normal“ starten kann.

Und was ist mit den tertiären Bildungseinrichtungen? Die Politik hat den Nöten des Bildungs- und Hochschulwesens keine Priorität eingeräumt. Im Zusammenhang mit dem 3. Lockdown (und dessen Verlängerung) wurde die verständliche Frage nach der Wiederöffnung des Präsenzbetriebes an den Hochschulen in den regierungsamtlichen Erklärungen und Pressekonferenzen nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet.

Man darf gespannt sein, was der Kampf gegen Corona noch alles (an Widersprüchlichkeiten) bringt. Auch nach der Verschärfung der Lockdown-Bestimmungen (16.1.21) bleiben Schilifte in Betrieb, es finden auch Schikurse und Schirennen statt (der Schisport trägt erheblich dazu bei, dass die Infektionszahlen nicht sinken, Fälle dreisten Unterlaufens und Ignorierens von Covid-Vorschriften sind ausgerechnet wieder in Tirol aufgefliegen), Universitäten sind hingegen weiter (d.h. bis zum Ende des Sommersemesters 2021) zu Distanz und virtueller Kommunikation verpflichtet, das Publikum (eben die „Kulturverliebten“ – © Bundeskanzler) bleibt von Theatern, Konzertsälen, Museen, Ausstellungen, Tiergärten usw. ausgesperrt (ob

das aktuell beschlossene „Zugangstesten“ praktikabel ist und eine wirkliche Erleichterung bringt, bleibt abzuwarten), Waffen können hingegen nach wie vor uneingeschränkt in den Geschäften erstanden, Bücher jedoch nur in der Form des Straßenverkaufs oder im Online-Handel erworben werden usw. ... das alles ergibt ein charakteristisches Sittenbild während der Pandemie. Die Impfung – das derzeit einzige wirksame Mittel gegen die Pandemie wird nur empfohlen, antiaufklärerischer und verschwörungstheoretischer Meinungsmache (insbesondere in einigen Boulevardmedien) wird nur lau widersprochen, Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen mit Negierung der wichtigsten Hygienevorschriften bleiben so gut wie ungeahndet. Appelle zur Eigenverantwortung finden immer weniger Gehör, immer mehr gefinkelte Umgehungsstrategien werden gefunden pandemiebedingte Einschränkungen zu unterlaufen, umso mehr als ein Ende nicht definitiv vorhersagbar ist. Unter den gegebenen Voraussetzungen wird schwer vorstellbar, dass die Pandemie innerhalb weniger Monate besiegt werden könnte.

Die Pandemie hat in der gesamten Gesellschaft Widersprüche aufgezeigt und Risse vertieft. Im Bildungswesen wurden viele alte Probleme über Jahrzehnte immer weiter mitgeschleppt, bestenfalls umformatiert, umbenannt ohne ihnen wirklich auf den Grund zu gehen und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Jetzt steht nicht bloß Manöverkritik der aktuellen Krisenbewältigung an, sondern es sind an Hand einer grundlegenden kritischen Analyse unseres gesamten Bildungswesens die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Pandemie könnte dazu den Anstoß geben und genutzt werden. Eine Rückkehr zu den Verhältnissen ante coronam ist aber ausgeschlossen. Die Coronakrise (und ihre Bewältigung) sollte als Lernfeld für weitere noch kommende große klimabedingte, soziale, ökonomische u.a. Krisen gesehen werden, aus dem Erfahrungen zu gewinnen wären. Gegen diese (mit Sicherheit kommenden) Krisen gibt es keine Freitestmöglichkeiten und auch kein befreiendes Vakzin.⁵⁵

Oktober 2020 – Februar 2021

⁵⁵ Verena Kreilinger / Winfried Wolf / Christian Zeller: Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie. Köln 2020

ANHANG

Offener Brief Zur Verteidigung der Präsenzlehre⁵⁷

In den letzten Jahren haben sich an den Hochschulen Elemente einer digitalen Lehre immer mehr durchgesetzt: zunächst als Unterstützung der Präsenzlehre, dann als deren Ergänzung oder gar als eine mögliche Alternative, und nun, mit Corona, als glückliche Rettung. Und in der Tat: Ohne digitale und virtuelle Formate hätte sich das Sommersemester 2020 nicht durchführen lassen. Und auch grundsätzlich leisten digitale Elemente mittlerweile einen wertvollen Beitrag zur Hochschullehre. Im Gefühl des plötzlich möglichen digitalen Sprungs nach vorn drohen indes drei Aspekte verloren zu gehen, die unserer Überzeugung nach von grundlegender Bedeutung für das Prinzip und die Praxis der Universität sind:

1. Die Universität ist ein Ort der Begegnung. Wissen, Erkenntnis, Kritik, Innovation: All dies entsteht nur dank eines gemeinsam belebten sozialen Raumes. Für diesen gesellschaftlichen Raum können virtuelle Formate keinen vollgültigen Ersatz bieten. Sie können womöglich bestimmte Inhalte vermitteln, aber gerade nicht den Prozess ihrer diskursiven, kritischen und selbständigen Aneignung in der Kommunikation der Studierenden.

2. Studieren ist eine Lebensphase des Kollektiven. Während des Studiums erarbeiten sich die Studierenden Netzwerke, Freundschaften, Kollegialitäten, die für ihre spätere Kreativität, ihre gesellschaftliche Produktivität und Innovationskraft, für ihren beruflichen Erfolg und ihre individuelle Zufriedenheit von substantieller Bedeutung sind. Dieses Leben in einer universitären Gemeinschaft kann in virtuellen Formaten nicht nachgestellt werden.

3. Die universitäre Lehre beruht auf einem kritischen, kooperativen und vertrauensvollen Austausch zwischen mündigen Menschen. Dafür, so sind sich Soziologie, Erziehungs-, Kognitions- und Geisteswissenschaften völlig einig, ist das Gespräch zwischen Anwesenden noch immer die beste Grundlage. Auch dies lässt sich nicht verlustfrei in virtuelle Formate übertragen.

Mit Blick auf diese drei Aspekte wollen wir den Wert der Präsenzlehre wieder in Erinnerung rufen. Wir fordern eine – vorsichtige, schrittweise und selbstverantwortliche – Rückkehr zu Präsenzformaten. Was die Schulen zu leisten in der Lage sind, sollte auch Universitäten möglich sein: die Integration von Elementen der Präsenzlehre, etwa in kleineren Gruppen in größeren zeitlichen Abständen, je nach Bedarf, je nach lokalen Gegebenheiten. Einzelne Universitäten, einzelne Fakultäten könnten hier individuelle, verantwortliche Modelle entwickeln.

Wir weisen auf die Gefahr hin, dass durch die aktuelle Situation die herkömmlichen Präsenzformate an Wertschätzung und Unterstützung durch die Hochschulleitungen, die Bildungsministerien und die Politik verlieren könnten, eine Unterstützung, die sie in der Zeit nach Corona dringend brauchen werden. So sinnvoll und wichtig Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus sind: Corona sollte nicht zu einer nachgereichten Begründung für Entwicklungen in der Lehre werden, die vor Corona offen und kritisch diskutiert wurden. Diese kritischen Debatten dürfen nicht durch scheinbare Evidenzeffekte, wie sie die Pandemie bisweilen produziert, abgekürzt werden.

Die Präsenzlehre als Grundlage eines universitären Lebens in all seinen Aspekten gilt es zu verteidigen.

Offener Brief zur Notwendigkeit analoger Schulen
Analoge Schule ist unverzichtbar (April 2020)⁵⁸

Die Corona-Krise bringt es an den Tag:

Nicht digitaler, sondern analoger Unterricht ist das Grundmodell von Schule

Der Virus, der gerade unser öffentliches Leben lahmlegt, veranlasst etliche Befürworter einer umfassenden Digitalisierung des Unterrichts zu einer lautstarken Werbeaktion: Jetzt zeige sich, dass nur digitalisierter Unterricht in der Lage sei, mit Krisen wie der gegenwärtigen eher zurechtzukommen. Zweifellos: um Schüler mit Aufgaben zu versorgen oder virtuelle Klassenzimmer online zu besuchen, braucht man Digitaltechnik. Die Defizite jedoch,

⁵⁷ <https://www.praesenzlehre.com/>

⁵⁸ <http://www.aufwach-s-en.de/2020/04/analoge-schule-ist-unverzichtbar/>

die eine derartige Notversorgung mit Unterricht mit sich bringen, treten mit jeder Woche, die die Schulen weiter geschlossen bleiben, immer deutlicher zu Tage.

Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die allermeisten SchülerInnen froh sein dürften, wenn sie sich und auch die meisten Lehrer endlich persönlich in analogen Klassenzimmern wiedersehen werden. Auch das Ansehen der Lehrer dürfte bei den Eltern deutlich gestiegen sein. Keine Technik und keine Methode kann das ersetzen, was schon immer den Kern guten Unterrichts ausgemacht hat: das leibhaftige Kooperieren von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Klassenzimmern beim Lernen, Reflektieren und Erobern neuer Wissenshorizonte.

Der Mensch ist ein soziales Wesen – nichts kann die lebendige Begegnung von Lehrern und Schülern ersetzen. Mag sein, dass ein früher ins Leben gerufener Digitalpakt die Notversorgung der Schüler mit Lernmaterialien erleichtert hätte. Sicher ist: Als Grundmodell ist die digitale Schule ungeeignet, zielt sie doch auf das ab, was in Zeiten der Coronakrise gezwungenermaßen zur Anwendung kommt: auf eine Auflösung des Klassenverbands sowie der vitalen Lehrer-Schüler-Beziehung.

Gleichzeitig kommt es zu einer überzogenen, nicht altersgerechten Individualisierung des Lernens. Dem Lehrer wird im wahrsten Sinne des Wortes „das Heft aus der Hand genommen“. Er wird zum fernen Lernbegleiter oder zum reinen Aufgabenlieferanten degradiert, denn die eigentlichen Lernbegleiter sind derzeit die Eltern, wenn sie das überhaupt leisten können.

In der Psychotherapie ist der einzige Wirkfaktor die Beziehung zwischen dem Therapeuten und Klienten. So zählt auch in der Schule vor allem die Beziehung zwischen Lehrer und Schüler. Jeder Schüler reift in seiner Persönlichkeit besonders durch die Beziehung zum Lehrer und durch dessen Feedback. Aus einer vertrauensvollen und verlässlichen Beziehung zum Lehrer gewinnt der Schüler naturgemäß einen Großteil seiner Lernmotivation und Anstrengungsbereitschaft.

Digitaltechnik eignet sich ausschließlich und durchaus erfolgreich als Ergänzung des analogen Unterrichts, zu mehr aber auch nicht. Jedes pädagogische Medienkonzept muss daher zwingend die folgenden Aspekte berücksichtigen:

- Vergessen wir nicht über der Einübung digitaler Kompetenzen, analoge Lernformen zu pflegen, die grundsätzlich an erster Stelle stehen sollten.
- Digitaltechnik darf als Werkzeug gezielt und reflektiert eingesetzt werden, sollte aber niemals die Schüler-Lehrer-Beziehung schwächen oder sogar ersetzen.
- Passen wir die Nutzung der eingesetzten Digitaltechnik an die Altersentwicklung und Hirnreifung unserer Kinder an! So sorgen wir in der Schule (wie auch zuhause) für digitalfreie Zeitfenster, entsprechend der jeweiligen Altersgruppe.
- Sehen wir uns vor, dass die Schuletats nicht durch Folgekosten der Digitaltechnik jeglichen Gestaltungsspielraum verlieren.
- Stärken wir die Lehrer in ihrem professionellen Selbstverständnis und in ihrer Fähigkeit, die passenden Medien für ihre Schüler selbst auszuwählen und sinnvoll einzusetzen. Stärken wir sie darin, mutige und authentische Beziehungsgestalter zu sein.
- Um Missbrauch und Entwendung sensibler Schülerdaten zu verhindern, ist in der Regel Offlinetechnik dem ständigen Arbeiten im World Wide Web vorzuziehen.
- Auch Datennetze können zusammenbrechen – z. B. durch den Befall mit Viren der anderen Art. Sollten wir nicht vorsorgen, indem wir wenigstens die gute alte Tafel an den Wänden hängen lassen?

Last but not least: Wir müssen mit der heranwachsenden Generation in einen intensiven Austausch treten – über die schleichende Verbreitung eines Menschenbildes, in dem der Mensch von außen (fern-)gesteuert über immer weniger Autonomie verfügt. Das bedeutet: Es schwindet seine Fähigkeit, selbstständig zu denken. Die Folgen wären für unsere Demokratie verheerend.